



Politische Berichte

Nummer 1 / 15. Jahrgang

14. Januar 1994

G 7756 D Preis 2,00 DM

Revanchisten bei Wahlen isolieren!

Wer an den Grenzen rüttelt, darf keine staatlichen Gelder bekommen!

Zum Jahreswechsel haben sich bekannte Vertriebenenfunktionäre wie Czaja u.a. an ihre Anhänger gewandt, daß sie sich „stärker im Wahljahr politisieren“ müssen. „Der Bund der Vertriebenen steht vor einem neuen historischen Datum – 1994“, erklärte der Vizepräsident Dr. Paul Latussek, und Czaja mobilisierte seine Anhänger, im Wahlkampf massiv Forderungen einzubringen: „Sie (die Parteien, jöd) sollen zusagen, für Volksgruppenschutz und Wahrung der Eigenart mehr zu tun, Kulturmittel zu steigern, Ausgrenzung der Vertriebenenverbände zu beenden, die Grundlagen der Verträge zu überprüfen, besseren praktischen Ausgleich zu suchen und das Recht auf Heimat zu vertreten.“¹

Nachdem der russische Faschist Schirinowski bei den Parlamentswahlen als Sieger hervorgetreten ist, hoben die deutschen Medien besonders hervor, daß er die Oder-Neiße-Grenze nicht anerkennen würde. Sicher ist das empörend, aber sind das nicht politische Forderungen der deutschen Rechten, die wir schon viel länger kennen? Was ist eigentlich daran interessant, wenn Schirinowski in der *National-Zeitung* darauf erklärt: „Kein Verbrechen kann es auch sein, wenn wir die Oder-Neiße-Linie nicht als das letzte Wort der Weltgeschichte ansehen“?² Neu ist daran nur,

Auf Seite 5: NATO droht Serbien mit Luftangriffen

dass die deutsche Rechte einen russischen Partner gefunden hat, um Grenzrevision zu betreiben. Wenn dann noch die Medien so tun, als ob Schönhuber gegenüber Schirinowski gemäßigt sei, so werden die Tatsachen vollends auf den Kopf gestellt.

Die deutsche Rechte, von Neofaschisten bis hin zur CDU/CSU, hetzt seit Jahrzehnten gegen die polnische Westgrenze, die Oder-Neiße-Grenze.

In Rußland finden sich jetzt Marodeure und Glücksritter, die in diese Schlachtrufe einfallen und den 2 + 4-

Vertrag zerstören. Die deutsche Rechte ist in dieser anti-polnischen Allianz das treibende Element.

Dabei geht sie geschickt und arbeitsmäßig vor:

DVU und Republikaner hetzen für ein Deutschland in den Grenzen von 1937 und behaupten, daß der 2 + 4-Vertrag unrecht ist. Neofaschisten siedeln sich direkt im ehemaligen Schlesien und „Königsberg“ an, bauen Radiosender auf, knüpfen wirtschaftliche und politische Kontakte. So hat Dr. Freys DVU bereits seit Jahren enge Kontakte im Osten.

Zum Teil arbeiten diese Leute auf eigene Faust oder sie arbeiten mit und in den Vertriebenenorganisationen. Die Funktionäre des Bundes der Vertriebenen treten als „Betroffene“ auf, und die Bundesregierung ist Zahlmeister für beide, „Vertriebene“ wie Faschisten.

Die Vertriebenenorganisationen nehmen in der Rechten eine Art Vermittlerposition wahr. Sie haben Kontakte mit Neonazis, zur Bundesregierung, zu zahlreichen staatlichen Behörden im In- und Ausland. Seit Jahren wettern sie gegen den 2 + 4-Vertrag und gegen die Freundschaftsverträge mit Polen und der CSFR.

Der Informationsdienst der Vertriebenenverbände *Deutscher Ostdienst* berichtete Ende des Jahres, daß auf Initiative der Landsmannschaft Ostpreußen die CSU bei der Verabschiedung des Grundsatzprogramms deren Forderungen übernommen habe: „Dr. Stoiber hat diese Bitte sofort aufgegriffen und nachhaltig unterstützt.“ Die CSU fordert jetzt in ihrem Grundsatzprogramm, daß die Freundschaftsverträge „im Wege eines friedlichen Wandels verbessert werden, damit es zu einem gerechten und tragfähigen Ausgleich zwischen Deutschen und diesen östlichen Nachbarn kommt.“³

Die Bundesregierung zahlt den Vertriebenenorganisationen 1994 allein an direkten Zuschüssen 3,551 Mio. DM, letztes Jahr erhielten sie 3,452 DM (Einzelplan 06/40). Hinzukommen zahlreiche indirekte und Projektzuschüsse, Länder- und kommunale Zuwendungen, zusammen mehrere hundert Millionen DM.

Die Regierung treibt den Vertriebenenverbänden vor allem in den neuen Bundesländern Leute zu. Ein Teil der „Vertriebenen“ in den neuen Bundesländern erhält bereits in diesem Wahljahr und nicht erst 1996 bzw. 1998 pro Person eine sogenannte „Entschädigung“ von 4000 DM.⁴

Die Vertriebenenverbände fühlen sich durch die politische Entwicklung in Ost-Europa und durch die Rechtsentwicklung in der BRD bestätigt. Hupka umreißt seine alten Ideen in neuem Gewand: „Das Deutschland von 1937, das ist ja keine Vorstellung von Hupka gewesen, sondern von den Alliierten. Meine Vision ist, daß Deutsche und Polen das Land gemeinsam aufbauen. Was nachher daraus wird, ob Oberschlesien als Region einer europäischen Autorität unterstellt wird oder ein Teil von Polen bleibt, das ist eine andere Sache.“⁵

Den Vertriebenenverbänden schwelt eine Art „freie Wirtschaftszone“ vor, ein Wirtschaftsdiktat, mit dem sie Schlesien aus dem polnischen Staatsgebiet herausbrechen wollen. Der scheidende BdV-Präsident Dr. Herbert Czaja, der auch nicht mehr als CDU-Bundestagskandidat zur Verfügung steht, fragt im



Berlin, 9. Januar 1993: Fast 100 000 Menschen beteiligten sich an der Gedenkveranstaltung an den Gräbern von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Vor genau 75 Jahren, am 9. Januar 1919, waren Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermordet worden. Zahlreiche Transparente und Fahnen dokumentierten die Verbundenheit mit sozialistischen Zielen und unterstrichen den gemeinsamen Kampf gegen rechts. — (rol)

Foto: Neues Deutschland

Ist der Flächentarif zu halten?

Der IG-Metall-Tarifkampf ist in einer sehr schwierigen Situation

Die gegenwärtige Metall-Tarifrunde entwickelt sich ganz anders als die früheren. Heftige Konfrontation zwischen den Tarifparteien geht einher mit spektakulären Vereinbarungen auf Konzernebene zur Kostensenkung. Eigentlich hatte der Vorstand der IG Metall mit der Tarifbewegung 1994 andere Erwartungen verknüpft. Die IG Metall hatte schon im Juni 1993 ihre Bereitschaft angeboten, zur Überwindung der Wirtschaftskrise ihre Tarifpolitik völlig neu auszurichten. Die Forderung nach „hohen“ Lohnzuwächsen sollte aufgegeben werden zugunsten der Durchsetzung von stärkerer betrieblicher Beteiligung, mehr Mitbestimmung und neuen Arbeits- und Leistungsbedingungen.

Aber das Arbeitgeberlager ging nicht auf dieses Ansinnen ein, sondern kündigte schnöde die Urlaubsabkommen und die Lohn-, Gehalts- und Ausbildungstarife und forderte in den ersten Verhandlungen in den Tarifgebieten:

1. Streichung der zusätzlichen Urlaubsvergütung ab 1. 1. 1994;
2. Veränderung der Urlaubsrahmenbestimmungen, das heißt Kürzung des Urlaubsanspruchs;
3. Überprüfung der Bestimmungen über die Gestaltung und Verteilung der Arbeitszeit mit dem Ziel der Kostensenkung;
4. Null-Runde bei den Lohn-, Gehalts- und Ausbildungstarifen.

Mitten hinein in die Vorbereitungen der Tarifrunde platzen Abschlüsse bei den großen Autokonzernen und ihren Zulieferern. Angesichts drohender Massenentlassungen haben Betriebsräte den Erpressungen mit Arbeitsplätzen nach: Bei Volkswagen sieht der Haistarifvertrag die Einführung der 4-Tage-Woche vor gekoppelt mit einer nominalen Lohnsenkung aufs Jahr bezogen von circa 14 Prozent.

Bei Opel verzichtete der Betriebsrat auf die Weitergabe der Tariferhöhungen auf das Effektiveinkommen für vier Jahre. Außerdem wird die Auszahlung des vollen Weihnachtsgeldes von der Höhe des Krankenstandes abhängig gemacht.

Der Gesamtbetriebsrat der Robert Bosch GmbH stimmte nach monatelangen Auseinandersetzungen einem Kostensenkungsprogramm von 250 Mio. DM zu ohne Gegenleistung.

Der Gesamtbetriebsrat von Mercedes

Benz stimmte einem Kostensenkungsprogramm von 200 Mio. DM zu durch Anrechnung von 1 Prozent Tariferhöhung auf übertarifliche Zulagen. Außerdem gab der Gesamtbetriebsrat grünes Licht für regelmäßige Samstags-Schichten am Standort Rastatt.

Bei IBM schloß die DAG einen Haustarifvertrag für den Dienstleistungsbecken ab, der die wöchentliche Arbeitszeit um zwei Stunden verlängert. Die IG Metall kann diesen Tarifvertrag nicht kippen.

Dazu kommen unzähligen Verstöße gegen geltende Tarifverträge in vielen Zulieferbetrieben. Außerdem scheiden Unternehmer aus dem Arbeitgeberverband aus und begehen Tarifflucht. Der Arbeitgeberverband Südwestmetall hat sogar einen Unterverein ohne Tarifbindung namens „Unternehmerverband Südwest e.V.“ gegründet. Südwestmetall will dort austritswilligen Unternehmen aus Südwürttemberg und Südbaden Unterschlupf gewähren — mit der Möglichkeit, die Tarifverträge zu unterlaufen.

Mit dem VW-Abschluß hatte der IG-Metall-Vorstand die Hoffnung verbunden, einen Weg zur Lösung des Tarifkonflikts gefunden zu haben. Für IG-Metall-Vorsitzenden Klaus Zwickel hat der Abschluß bei VW zwar eine Reihe von Kröten, aber trotzdem sei es ein tarifpolitischer Einschnitt. Erstmals seien tarifliche Leistungen (Lohn) gegen andere tarifliche Leistungen (Wochenarbeitszeit) getauscht worden. Dies sei offensiv und innovativ und ein Umbau auf heutige Bedingungen.

Inzwischen hat Klaus Zwickel auch diese Hoffnungen begraben. Die Metall-Industriellen haben das Einlenken der Betriebsräte nicht genutzt, um den gesellschaftlichen Tarifkommissionen entgegenzukommen, sondern sie haben sogar ihren Kurs verschärft: Sie schraubten ihre Forderungen hoch und verlangen jetzt, daß für Heiligabend und Silvester je ein Urlaubstag verplant werden muß. Außerdem sollen Krankheit, Heilkuren oder unbezahlte Arbeitstage, ja selbst Betriebsunfälle zum Verlust von Urlaub führen. Das Ziel scheint eindeutig zu sein: Es geht vordergründig nicht um Kostenentlastung, sondern um Spaltung zwischen Betriebsräten und Gewerkschaft.

In den Worten von Dr. Dieter Kirch-

ner, Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall, liest sich das dann so: „Wir erleben erstmalig, daß sich Betriebsleitungen und Betriebsräte selbst helfen und Tarifverträge ignorieren. Das alles vollzieht sich aber mittlerweile auf der Firmenebene, nicht mehr im Flächentarif ... Ende des nächsten Jahres werden wir weit weniger Tarifregelungssubstanz haben, sehr viel weniger vorgegebene Tarifregelungen, als noch Ende dieses Jahres.“ (*Handelsblatt*, 29.12.1993)

Ist der Flächentarif zu halten? Lösungen zur Kostensenkung wie bei den Autokonzernen scheiden für die Masse der Metallbetriebe aus, da bei letzteren die übertariflichen Zahlungen nicht so hoch liegen. Deshalb will die IG Metall tariflich einen Katalog „beschäftigungssichernder Maßnahmen“ vereinbaren, den Betriebsräte und Unternehmer erst durcharbeiten müssen, bevor die Geschäftsführungen zum Mittel der Entlastung greifen können.

Natürlich hat auch Gesamtmetall grundsätzliches Interesse am Tarifsystem — um Konflikte aus den Betrieben auf die Verbundesebene zu verlagern. Beim Untergang des Flächentarifs würde nämlich der Konflikt im Betrieb stattfinden, und das bedeutet auch, daß das Betriebsverfassungsgesetz mit seiner Friedenspflicht für Betriebsräte und Belegschaft zur Diskussion stehen würde.

Aber in der gegenwärtigen Krisensituation bevorzugt Gesamtmetall eher den betrieblichen Druck. Gewerkschaft und Betriebsräte sollen an die Wand gedrückt werden. Auch wenn es der IG Metall gelingen sollte, den Angriff auf den Urlaubs-Tarifvertrag abzuwehren und betriebliche Öffnungsklauseln zu verhindern, so ist doch schon absehbar, daß 1994 viele Tarifverträge nicht mehr greifen werden, weil sich die betrieblichen Arbeitsstrukturen verändern und weil Betriebsräte unter dem Diktat ihrer Kapitalisten selber nach Möglichkeiten suchen, Tarifverträge zu umgehen. Den Betriebsräten wird derzeit immer mehr Verhandlungsvollmacht übertragen. Die große Gefahr besteht, daß sich dies zu einem Wettbewerb nach unten entwickelt. Die gegenüber der Gewerkschaft gestärkte Rolle von Betriebsräten ist dabei auch ein vom IG-Metall-Vorstand gewolltes Ergebnis der Tarifpolitik der letzten Jahre. — (ros)

Revanchisten . . .
Fortsetzung von Seite 1

neuen *Ostdienst*: „Wird man durch deutsch-französisch-polnische Kooperationsprojekte so zu handeln versuchen, wie früher einmal im deutsch-französischen Verhältnis Robert-Schumann durch die Montanunion? In Rußland aber wird die gefährliche Verflechtung von Nomenklatura und Mafia noch lange für Instabilität sorgen.“⁶

Die Einverleibung der alten oberschlesischen Stahl- und Kohleregion läuft dann unter dem Stichwort „Nachbarschaftshilfe“.

Auf dem Wege könne man auch lästige Stahlkapazitäten in Polen und in der tschechischen und slowakischen Republik abbauen. Mit 100 Millionen ECU könnte man 80000 Arbeiter wegerationalisieren, jeder würde einen halben Jahreslohn bekommen, das wären umgerechnet nur 2500 DM, „einhergehende soziale Spannungen könnten vermindert werden“, beruft sich der *Ostdienst* auf CDU-MdB Ruprecht Vondran, einem entscheidenden Interessenvertreter der Eisen- und Stahlindustrie.⁷

Die Vertriebenenorganisationen suchen ein direktes Bündnis mit den großen deutschen Konzernen.

Hier werden Bedingungen für die Mitgliedschaft Polens in der NATO bzw. der EG formuliert. Auf diese Weise sollen internationale Verträge, die die Bundesrepublik zum Teil erst vor wenigen Jahren eingegangen ist, erneut „friedlich“ ausgehebelt und Grenzen aggressiv infragegestellt, womöglich sogar revidiert werden.

Daneben starten die Vertriebenenorganisationen verstärkt wirtschaftliche Hilfsprojekte für deutsche Minderheiten zusammen mit der Bundesregierung. Das Außenministerium, das Innenministerium und das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit haben einen Etat dafür vorgesehen. Der *Ostdienst* berichtet, daß das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit 1994 130 Millionen für technische und 180 Millionen für finanzielle Zusammenarbeit zur Verfügung stellt.⁸ Der Etat des Innenministeriums, der noch größer ist, hatte alleine dem „Verein für das Deutschtum im Ausland“, ebenfalls eine revanchistische Einrichtung, 30 Millionen DM zur Verfügung gestellt.⁹ Ein großer Teil wurde veruntreut oder für andere Zwecke eingesetzt.

Die politische Linke muß sich der angekündigten Kampagne der Vertriebenenorganisationen und deren Forderungen stellen. Revanchismus und Ostexpansion müssen isoliert werden.

Leider ist dies in den akutesten Wahlkämpfen überlegungen von Grünen und PDS nicht enthalten. Dies müßte sich auch in Forderungen niederschlagen, die so neu eigentlich nicht sind: Vertriebenenorganisationen, die für eine Revision der Ostgrenzen der BRD eintreten, müssen die staatlichen Gelder und Fördermittel entzogen werden.

Eine solche Wahlkampf-Aussage wäre auch eine Profilierung gegenüber der SPD, die den Vertriebenenorganisationen weit entgegenkommt. Die SPD-Bundestagsfraktion hat noch kurz vor dem Beginn der Wahlkämpfe 1994 im Bundestag einen Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes eingebrochen, in dem sie die „Förderung von Volksgruppen deutscher Staatsangehörigkeit“ als direkten und ausdrücklichen Verfassungsauftrag fordert!¹⁰

Eine solche linke Initiative von Grünen und PDS wäre auch deshalb wichtig, weil die Vertriebenen die SPD mit Blick auf die Möglichkeit einer großen Koalition nach den Bundestagswahlen schon jetzt weiter nach rechts ziehen wollen. BdV-Chef Czaja drohte mit Blick auf die SPD und eine solche große Koalition bereits: „Bei zu geringer Beachtung deutscher, maßvoller umschriebener nationaler Interessen könnte jede Koalition nach wenigen Jahren in den Zustand deutscher Unregierbarkeit stürzen.“¹¹ — (jöd)

Quellenhinweise:
 1 Deutscher Ostdienst, Nr. 51 + 52/93 vom 23. 12. 93;
 2 National Zeitung vom 7. 1. 94;
 3 Deutscher Ostdienst Nr. 49 vom 10. 12. 93;
 4 Deutscher Ostdienst Nr. 47 vom 26. 11. 93;
 5 Deutscher Ostdienst Nr. 44, vom 5. 11. 93;
 6 Deutscher Ostdienst Nr. 1/94 vom 7. 1. 94;
 7 Deutscher Ostdienst Nr. 48 vom 3. 12. 93;
 8 Deutscher Ostdienst Nr. 1/94 vom 7. 1. 94;
 9 Gegen den DM-Imperialismus, GNN-Verlag, Köln, 1993, S. 44;
 10 Bundestagsdrucksache 12/6323 vom 1. 2. 92, S. 2 und 17;
 11 Deutscher Ostdienst Nr. 1/94 vom 7. 1. 94.



Foto: af/mz

GEHEIM

Jürgen Seifert: Kriminalitätspolitik im Wahlkampf. Thesen.

Rolf Gössner: Kronzeugenabfall in Stammheim

THEMENSCHWERPUNKT: „BAD KLEINEN“

Manfred Such: Vorspruch

Ulrich Vultejus: Systembedingte Ursachen

Jürgen Korell: Organisiertes Desaster

Florian Schmalz: Mythos Zürich

U. Jelpke, A. Maurer, H. Schröder: KGT

Rolf Gössner: GSG-9

Synopse: Die offiziellen Darstellungen

Hans Peter Bordien: Nach Mechtersheimers Fall — der Fall Eenboom

Dorothee Piermont: Kuba — Europas sanfter Imperialismus

48 Seiten, Einzelpreis 7,50 DM, Buchläden u.ä.: 30 Prozent Rabatt.

Bestellungen: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln.

Nr. 4/93

Innere Sicherheit als Großmachtpolitik

Östliche Nachbarländer als Vorfeld von BRD-Innenpolitik, neue Angriffe auf Menschen ohne BRD-Paß

Die Innenministerkonferenz hat im Dezember das „Programm Innere Sicherheit“ (Fortschreibung 1994) vorgelegt, das in vielen in der Öffentlichkeit als strittig hingestellten Fragen ein hohes Maß an Vereinheitlichung zeigt. Bereits Ende September hatte Innenminister Kanther ein „Sicherheitspaket '94“ vorgestellt und damit erkennen lassen, in welche Richtung er die Kampagne „Innere Sicherheit“ über die bisher erzielte Übereinstimmung hinaus zu treiben gedenkt. An dieser Stelle sollen zwei Tendenzen herausgehoben werden, die in der öffentlichen Diskussion zu Unrecht etwas untergehen.

Die Bekämpfung von Schwerkriminalität, die als „Organisierte Kriminalität“ zum Feindbild hochstilisiert wird, hält nicht nur zu gravierenden Eingriffen in verbürgte Grundrecht her (Stichwort „Großer Lauschangriff“). Aufmerksamkeit verdient die Tatsache, daß und wie als eine, wenn nicht gar als die Hauptursache von „Organisierter Kriminalität“ wie überhaupt der Zunahme von Kriminalität die „Grenzöffnungen in Osteuropa“ ins öffentliche Bewußtsein gerückt werden, die „Täterkreisen neue Möglichkeiten“ verschafften.² Das liefert die Rechtfertigung für die Bestrebungen, zum einen die Grenzen gen Osten festmöglich auszubauen und zum anderen die östlichen Nachbarländer als Vorfeld zu behandeln, auf dem die Innere Sicherheit der BRD sicherzustellen sei. Dies schlägt sich in einer Reihe von Maßnahmen und Planungen

nieder. Der Haushalt des Bundesgrenzschutzes wird für 1994 überdurchschnittlich um 8 % aufgestockt. Fiel der Grenzschutzeinzeldienst gegenüber den truppenpolizeilichen Teilen des BGS bisher verhältnismäßig wenig ins Gewicht, so werden die BGS-Kräfte an den östlichen Grenzen jetzt erst einmal verdoppelt und zusätzlich durch „Unterstützungskräfte“ im Angestelltenverhältnis ergänzt. Bis 1996 soll der BGS weiter verstärkt werden und erstmals die planmäßige Stärke von 29000 Polizeivollzugsbeamten erreichen.³

In puncto „internationale Zusammenarbeit“ legt die Innenministerkonferenz Wert auf die „Einrichtung supranationaler Institutionen“. Hier sieht man als eine Hauptaufgabe den zügigen Aufbau des europäischen Polizeiamtes EUROPOL an über den bisherigen Bereich der Bekämpfung von Rauschgiftkriminalität hinaus. Dieser Bereich wird übrigens vom Leitenden Kriminaldirektor des BKA Jürgen Storbeck geleitet.⁴ Während INTERPOL nur auf Anfrage Informationen vermittelt, soll die Tätigkeit von EUROPOL sich bis hin auf eine eigene Ermittlungstätigkeit erstrecken.

Daneben will man im West-Ost-Verhältnis alle Formen von polizeilicher Zusammenarbeit entwickeln, die sich zwischen den EG-Staaten herausgebildet haben. Mit dem wichtigen Unterschied, daß von dem Element von Gleichheit, das im Verhältnis zwischen den EG-Mitgliedern immerhin besteht, im Verhältnis der BRD zu ihren östlichen Nachbarländern keine Rede sein

kann. So suchen die in den verschiedenen Maßnahmepaketen vorgesehenen Verwaltungs-, Ausstattungs- und Ausbildungshilfen, der Austausch von Experten, Arbeitstreffen, der Ausbau von Verbindungsbeamten etc. ganz eindeutig den Einfluß der BRD auf Aufgabenbestimmung und Ausrichtung der Polizeien in den Ländern Osteuropas zu gewährleisten. Die anvisierte Zusammenarbeit der Grenzpolizeibehörden wird in allerster Linie die östlichen Nachbarländer für deutsche Behörden öffnen, d. h. sie zu Observation und Verfolgung im östlichen Ausland ermächtigen.

Einfluß will die Innenministerkonferenz auch auf die Gesetzgebung bei den östlichen Nachbarn nehmen, so etwa, wenn sie die sogenannte „Schleuserkriminalität“ überall unter Strafe gestellt sehen will.

Geeinigt hat sich die Innenministerkonferenz schließlich darauf, daß der Bundesnachrichtendienst „Erkenntnisse über Organisierte Kriminalität, die (er) bei der Wahrnehmung seiner gesetzlichen Aufgaben gewinnt, an die Polizei“ übermitteln kann. Damit wachsen dem BND ganz offiziell polizeiliche Aufgaben und Befugnisse zu und wird umgekehrt die polizeiliche Tätigkeit deutscher Behörden weit ins Ausland, d. h. vor allem nach Osteuropa, verlegt. Von Belang ist in diesem Zusammenhang auch Kanthers Vorhaben, den § 129 auf „kriminelle Vereinigungen im Ausland (zu erweitern), die in die Bundesrepublik Deutschland hineinwirken“.⁵

Die zweite Tendenz der „Innere Si-

cherheits“-Kampagne, auf die hier hingewiesen werden soll, ist die der weiteren Entrechtung der Menschen ohne deutschen Paß. Hier befindet sich Bundesinnenminister Kanther, weit noch über das Programm der Innenministerkonferenz hinausgehend, in voller Übereinstimmung mit der äußersten Rechten. Ohnehin schreibt der Kampfbegriff der „Organisierten Kriminalität“ das Schwerverbrechen in starkem Maße dem „Ausländer“ zu. Kanther will nun die rigide „Abschiebung krimineller Ausländer“ durchsetzen und dazu das Ausländerrecht anpassen. Zweitens will er das Ausländerzentralregister „künftig verstärkt für Angelegenheiten der Inneren Sicherheit“ genutzt sehen, und zwar durch Polizei und Nachrichtendienste. Hieraus ergibt sich eine Reihe weiterer Forderungen zur „Bekämpfung von Ausländerextremismus“, angefangen von der Verstärkung der polizeilichen Beobachtung „insbesondere zur Feststellung grenzüberschreitender Reisebewegungen von Funktionären“. Den vorläufigen Gipfel setzt Kanther mit dem Verlangen, daß in die Vorschriften über Ausländervereine das kollektive politische Betätigungsverbot aufgenommen wird.

(1) Jürgen Seifert, „13 Thesen zur gegenwärtigen parteipolitischen Auseinandersetzung über Kriminalitätsbewältigung“, in *Geheim* 4/93; (2) Kanther im Vorwort zum „Programm Innere Sicherheit“; (3) *Innere Sicherheit* 6/93; (4) Jürgen Korell, „Europa — auf dem Weg zu Geheimpolizei?“, in *Unbequem* Nr. 14; (5) *Innere Sicherheit* 6/93; (6) hier und im folgenden: *Innere Sicherheit* 6/93 — (scc)

Aktuell in Bonn

SPD-Anträge zur GG-Reform

Die SPD-Bundestagsfraktion hat ihre Anträge, die in der gemeinsamen Verfassungskommission von Bund und Ländern nicht die Zustimmung der Unionsparteien gefunden hatten, jetzt als eigenen Gesetzentwurf vorgelegt. Neben vunfünftigen Anträgen wie dem Versuch, ein Menschenrecht, „über die Erhebung und Verarbeitung seiner persönlichen Daten selbst zu bestimmen“ (wie soll das bei Personalakten aussehen?) (so ein neuer Artikel 2a) und dem Verbot von Diskriminierung aufgrund von „sexeller Identität“ (neuer Artikel 3 Abs. 3) und wegen Behinderung (dito) und der Aufnahme eines Grundrechts auf Wehrdienstverweigerung (Artikel 4 Abs. 3) in die Verfassung enthält der Gesetzentwurf auch von vornherein Halbherziges bis direkt Reaktionäres. So will die SPD einen neuen Artikel 4 Abs. 2, der Frauen „bei Schwangerschaft und Geburt Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft“ verschaffen soll — was gegenüber der Strafverfolgung von Abtreibungen eine zweischneidige, wenn nicht direkt schädliche Änderung wäre. Offen reaktionär ist die SPD-Absicht, in Artikel 20a aufzunehmen: „Der Staat ... schützt und fördert Volksgruppen und nationale Minderheiten deutscher Staatsangehörigkeit.“ Damit wäre die staatliche Förderung revanchistischer Vertriebenenverbände direkter Verfassungsauftrag! (Ds. 12/6343)

„zur Änderung des § 1631 BGB“ vorgelegt. Es geht um Kindesmißhandlungen. Künftig soll dieser Paragraph heißen: „Körperliche und seelische Mißhandlungen und andere entwürdigende Maßnahmen sind unzulässig.“ Kinder züchtigen, Prügelstrafe u.ä. bleibt erlaubt. Als Beispiel, was künftig verboten ist, nennt die Regierung: Schlagen mit einem gefüllten Wasserschlauch, bis rote Striemen sichtbar werden. Welch ein Fortschritt! Der Bundesrat will ergänzen, daß die Würde des Kindes geachtet und gewahrt wird. Antwort der Bundesregierung: Abgelehnt! (Ds. 12/6343)

Große Koalition ohne CSU?

Die CSU lege auf ihrer Klausurtagung in Wildbad Kreuth ihre Strategie für das Wahljahr 1994 fest. So hob die CSU Roman Herzog als „ihren“ Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten auf den Schild — zum Verdruß der CDU, die offiziell selbiges noch nicht tat. Sodann wurde verdeutlicht, daß zentrales Wahlkampfthema, neben der „Sorge um die Arbeitsplätze“, die „Ängste der Bürger vor Überfremdung“ sein würden, die, so CSU-Landesgruppenchef Glos, sich „nicht wegdiskutieren“ ließen. Schließlich erklärte die CSU, im Fall der Bildung einer Großen Koalition „neu nachdenken“ zu wollen. Für Waigel ist sogar klar: „Dann gehen wir in die Opposition“. Womit in einer großen Koalition die CDU Minderheitspartner und Scharping Kanzler wäre.

Gleichstellung behinderter Menschen

Das Verhalten des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Schäuble haben die rollstuhlfahrenden Sprecher der Interessenvertretung „Selbstbestimmt Leben“, Andreas Jürgens und Gisela Harmes, kritisiert. Dieser verall-

gemeinerte die ihm als privilegiertem Behinderten zufließenden Hilfen und lehne Gesetze zur Lebenserleichterung behinderter Menschen ab. Die Weigerung der Bahnen, an Zügen automatische Ein- und Ausstiegshilfen für Rollstuhlfahrende anzubringen, zeige exemplarisch: „Appelle nutzen nichts!“ Die Behinderungsverbände fordern ein Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsgesetz und werden an einem Protesttag, dem 5. 5. 1994, ihre Forderungen massiv in die Öffentlichkeit tragen.

Hochwasser: Täglich 90 ha versiegelt

Die Umweltverbände sehen die Hochwasserkatastrophen in Zusammenhang mit dem Flußausbau und der Flächenversiegelung. Täglich werden bis zu 90 Hektar Freiflächen mit Teer, Beton oder Stein zugebaut, so daß der Boden nicht mehr als „Wasserschwamm“ wirke. Zwar schmort im Bundesumweltministerium ein Referentenentwurf für ein „Bodenutzungsgesetz“, das angeblich noch vor der Bundestagswahl verabschiedet werden soll. Es ist nach Ansicht der Umweltverbände unzureichend und unverbindlich. Das Gros der neuen Versiegelungsmaßnahmen, so der beabsichtigte Bau von weiteren 12000 km neuer Straßen, werde nicht tangiert.

Paragraf 116 AFG (alt)?

Auch die SPD geht das Wahljahr an. So will sie die Kappung des Schlechtwettergeldes für Bauarbeiter und die Veränderung des Paragrafen 116 Arbeitsförderungsgesetz, mit dem die Arbeitnehmer auch im Fall von „kalten“ Aussperrungen keinen Anspruch mehr auf Arbeitslosengeld haben, im Fall eines Wahlsiegs rückgängig machen. IG Metall und BSE begrüßen diese Absichtserklärungen. Eine Nachfrage, mit welchem Ko-

litionspartner diese Ziele erreicht werden sollen, unterblieb.

PDS/LL: Amnestie für Spione

Die PDS/LL hat einen neuen Versuch gestartet, die Strafverfolgung von Personen, die im Auftrag der DDR-Spionage tätig waren oder dafür geworben wurden, zu erreichen. Immerhin: Leute wie Kinkel, beim BND zuständig für Auslandsespionage, sind hierzulande Außenminister, und Personen, die für die BRD in der DDR spionierte, sind straffrei, während Personen, die für die DDR in der BRD spionierte, zu Dutzenden, wenn nicht zu Hunderten inhaftiert sind und auf ihren Prozeß warten. Die PDS/LL will versuchen, hier Rechtsgleichheit zu erreichen. (Ds. 12/6370)

Waffenexport „unausweichlich“?

Kanzleramtsminister Bohl hat angekündigt, eine Lockerung der Waffenexportbeschränkungen sei „unausweichlich“. Die Ankündigung ist eine Antwort auf die energischen Forderungen von CSU und Rüstungsindustrie (wir berichteten). Erstaunlich: Der CDU-Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags, Hans Stercken, ist dagegen. Es könne kein Ziel deutscher Politik sein, „den Waffenmarkt zu beleben“.

Was kommt demnächst?

Am 14. I. ist Gipfeltreffen der Parteichefs von Union, FDP und SPD über den Berlin-Umzug. Am gleichen Tag beginnt eine zweitägige Klausur des CDU-Vorstands. Am 20. I. tagt der Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat, u.a. über die Pflegeversicherung. Am 24. I. wollen CDU und CSU beraten, u.a. über einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten.

„Ya basta — Es reicht!“

Aufstand in Chiapas

Ein Bericht aus Mexiko
Von Jutta Klaß



Auf diesem Gemälde sind Zapatas bewaffnete Peones dargestellt.

Bildquelle: Kleine Geschichte großer Nationen. Mexiko. Bertelsmann, 1979.

An jenem 1. Januar 1994, als wir unseren Beitritt zur Ersten Welt feiern wollten, holte uns die Wirklichkeit ein, vor der wir die Augen verschlossen hatten: das andere Mexiko, das Mexiko der Misere, der Verelendung, des Hungers, der Ausbeutung, des Rassismus, der Gewalt, der Unterdrückung.

Analog zu García Marquéz „Chronik eines angekündigten Todes“ hatten alle, vielleicht mit Ausnahme des Menschenrechtszentrums der katholischen Kirche in San Christobal de las Casas und des innerhalb der Kirchenhierarchie und der Machtzentren von Chiapas und Mexiko heftig umstrittenen Bischofs Samuel Ruiz, die vielfältigen Anzeichen der Guerilla in Chiapas und damit eines indirekt seit langem angekündigten Aufstands bewußt oder unbewußt negiert oder unterbewertet.

Pressemeldungen über Zusammenstöße zwischen Guerilla-Gruppen und Militär-Einheiten in den Gebieten des mexikanischen Bundesstaates Chiapas vor allem im März, Mai und August 1993 und Hinweise der Bevölkerung und des Menschenrechtszentrums wurden sowohl vom Militär als auch von den zuständigen Ministerien des Inneren, der Verteidigung und der Justiz systematisch und vehement zurückgewiesen. Die Existenz einer Guerilla wurde geleugnet — bis zum 7. Januar 1994, als das Innenministerium zusammen mit dem Verteidigungs- und Justizministerium ein über 20-seitiges Dokument über die Entwicklung der Guerilla der Öffentlichkeit präsentierte — ohne jedoch zu erklären, weshalb sie erst jetzt ihre „Erkenntnisse“ bekanntgaben. „Die besonderen Umstände der seit langem bestehenden sozialen Rückstände in der Region, die intensive und massive illegale Immigration von Bürgern aus Ländern südlich der Grenze und vorausgegangene Erfahrungen mit Mißbrauch seitens der Behörden verpflichteten uns 1993 zu besonderer Vorsicht ... Sowohl die Bundes-, als auch die Landesregierung entschieden deshalb, ihre Antworten auf soziale Fragen zu verstärken.“ So lautet die offizielle „Begründung“ vom 7. Januar 1994.

Die „sozialen Investitionen“, die sich nach offiziellen Zahlen in den vergangenen fünf Jahren verzehnfachten und vor allem den Auf- und Ausbau der Infrastruktur betrafen (Krankenhäuser, Gesundheitszentren, Straßenbau, Elektrifizierung und Trinkwasserversorgung), finanziert vom „Nationalen Solidaritätsprogramm — Pronassol“, kam, wie der Aufstand zeigte, zu spät und war vor allem angesichts der wirtschaftlichen Krise unzureichend. Die vier wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte der Region — Kaffee, Mais, Rinder und Holz — sind aus unterschiedlichen Gründen von einer schweren Krise getroffen und haben zu enormen Einbrüchen bei den ohnehin völlig unzureichenden Einkommen der Indigena-Bevölkerung geführt.

Und alle Pronassol-Programme blenden die strukturellen Ursachen der wachsenden Unzufriedenheit der Indigena-Bevölkerung aus.

Großgrundbesitzer „übernehmen“ das Gewaltmonopol des Staates

In Chiapas, so die mexikanische Soziologin und Kennerin der Probleme dieser Region, Diana Guillén, „bestehen noch heute soziale Strukturen, die im letzten Jahrhundert und Anfang des 20. Jahrhunderts entstanden sind. Die Großgrundbesitzer verteidigten mit Waffengewalt ihre Privilegien und schlossen mit Obregón (einem der Revolutionsgeneräle, J.K.) ein taktisches Abkommen, das faktisch bis heute besteht: Die Bundesregierung läßt der lokalen Hierarchie freie Hand („Autonomie“) und verpflichtet sie nicht, die laut Verfassung von 1917 beschlossene Landreform durchzuführen. Als Gegenleistung für die „Nachsicht und Toleranz“ bestanden alle nachrevolutionären Bundesregierungen auf der uneingeschränkten Ausbeutung der Naturreichtümer und Bodenschätze, unter anderem Erdöl und Erdgasvorkommen, sowie auf der politischen Unterstützung des Systems.“

Die Region ist bis heute vom Großgrundbesitzer (Latifundios) geprägt. Bis vor kurzem galt hier noch das „Recht auf die erste Nacht“. Der aktuell von der EZLN geführte Ex-Gouverneur General Absalón Castellanos Domínguez lud seine Freunde zu Chiapas-Rundreisen ein mit der Bemerkung: „Damit ihr mitkriegt, wie gut diese 13- und 14jährigen Indianitas sind“.

Eine wichtige Institution der lokalen Abhängigkeitsstrukturen ist die „tienda de raya“, der jeweilige Laden des Großgrundbesitzers, in dem die Landarbeiter und campesinos einkaufen müssen, wo sie Kredite zu überhöhten Zinsen bekommen und mit Alkohol abgefüllt werden.

Der Kampf um das Land, um die Rückerobierung der gewaltsam enteigneten Indigena-Gebiete spielt seit Jahrhunderten eine entscheidende Rolle. Die „Erklärung der Selva Lacandona“ der Nationalen Befreiungsarmee Zapata — EZLN greift mit dem Namen von Emiliano Zapata, dem legendären mexikanischen Bauern-Revolutionsführer, diesen Kampf um Land auf. Arbeit, Land, Wohnung, Ernährung, Gesundheit, Erziehung, Unabhängigkeit, Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit und Frieden — so lauten die Forderungen in der Kriegserklärung an die mexikanische Armee und Regierung.

Chiapas gilt — so die offiziellen Statistiken — als eine der Hochburgen der seit der Revolution an der Macht befindlichen „Institutionalisierten Revolutio-

nären Partei — PRI“. Wenn wir mal geflissentlich von dem berühmt-berüchtigten „Zusammenbruch“ des zentralen Stimmzählungs-Computers im Jahr 1988 absehen, dann stimmten nach amtlichen Angaben 89,9 Prozent der Bevölkerung von Chiapas für die PRI, an manchen Orten — unter anderem in den Zentren des Aufstandes! — über 95 Prozent. Mancherorts gab es mehr PRI-Stimmen als Wahlberechtigte — eine mexikanische Besonderheit der bürgerlichen Demokratie. „Bei Wahlen wissen wir nicht, was passiert. Die Dorf-Präsidenten bekommen die Papiere und füllen sie aus. Wir wissen nicht, was eine Stimmabgabe ist,“ erklärte eine Indigena aus San Juan Chamula, Chiapas, in einem Interview der Zeitschrift *Procesos*.

Der Übergangs-Gouverneur Elmar Seltzer, der den Platz des aktuellen Innensenators Patricio González eingenommen hat, ist lebendiger Ausdruck der Vernetzung politischer und wirtschaftlicher Macht der „caziques“. Seltzer ist Schwiegersohn eines der bekanntesten Caziques dieses Bundesstaates.

Die institutionalisierte und tolerierte Gewalt hat vor diesem Hintergrund in den vergangenen Jahren alarmierend zugenommen. „Die Gewalt in Chiapas“, so Diana Guillén, „ist nicht das letzte Mittel. Sie ist alltägliche Praxis.“ Indigena-Dörfer wurden besetzt, die Bevölkerung eingeschüchtert, festgenommen, gefoltert. Indigena-Führer von sozialen und Bauernorganisationen wurden ungestraft ermordet. Chiapas ist der mexikanische Bundesstaat mit den meisten Menschenrechtsverletzungen. Die großen Viehzüchter und Latifundistas haben ihre Pistoleros, ihre „guardias blancas“ und ihr internes Kommunikationssystem: Wenn Indigenas Land besetzen, organisieren die Viehzüchter eine Strafexpedition, um die Besetzer gewaltsam zu vertreiben. Das Gewaltmonopol des Staates, Teil der angekündigten „Modernität“, existiert in Chiapas — außer jetzt im Aufstand — nicht. Den Latifundistas wurde faktisch ein Teil des Gewaltmonopols übertragen.

Chiapas ist reich an Mineralien, Erdöl, Erdgas und Tropenholz — und einer der ärmsten Bundesstaaten Mexikos. Obwohl Chiapas 50 Prozent der elektrischen Energie des gesamten Landes erzeugt, leben bis zu 90 Prozent der Indigena-Gemeinden ohne Elektrizitätsversorgung. Obgleich in Chiapas ein Drittel der Erdölförderung des Landes erfolgt, erhielt dieser Bundesstaat traditionell nur einen Bruchteil der Erdölneinnahmen in Form von „Bundeszuschüssen“. Chiapas nimmt den ersten Platz in den „Elends-Statistiken“ ein: höchster Analphabetenanteil, größte Anzahl von überbelegten Wohnungen ohne sanitäre Einrichtungen, mehr als die Hälfte der Bevölkerung verdient weniger als den offiziellen Minimallohn. Dieser liegt zur Zeit bei umgerechnet acht Mark pro Tag. Der übergroße Teil der Bevölkerung ist chronisch unterernährt, die

Krankheitsbilder sind Ausdruck der „Pathologie der Armut“, medizinische Versorgung fehlt vielerorts. Mehr als 12000 Indigenas starben — so die Angaben des Menschenrechtszentrums von San Christobal — allein 1993 an den Folgen des Hungers.

Aus der Erklärung der EZLN

„Es ist den Herrschenden einerlei, daß wir an Hunger und heilbaren Krankheiten sterben, daß wir nichts, absolut nichts haben, weder menschenwürdige Wohnungen, noch Land, weder Arbeit, noch Gesundheit, Ernährung, Erziehung, noch das Recht, unsere politischen Vertreter demokratisch und frei zu wählen ... Deshalb sagen wir heute: Ya basta — es reicht!“

Rebellion gegen Landraub, Unterdrückung und Gewalt

Heute fehlen noch viele Elemente, um die Nationale Befreiungsarmee (Ejército Zapatista de Liberación Nacional), ihre Entstehung, Ideologie, Strategie, Finanzierung und Zusammensetzung konkret einschätzen zu können. Es gibt jedoch genügend Anhaltspunkte, um die ersten Erklärungen der mexikanischen Regierung zu widerlegen. Die Rebellion ist weder eine spontane Bewegung der verschiedenen Indigena-Gruppen, noch die bewaffnete Aktion einer Gruppe von „externos“, von Fremden. Sie ist eine Verknüpfung der langjährigen Arbeit einer politisch-militärischen Organisation mit der seit Jahrhunderten bestehenden ethnischen Unterdrückung und der strukturellen Gewalt.

In einer Analyse des „Historischen Forschungszentrums der bewaffneten Bewegungen“, gegründet von überlebenden Mitgliedern der mexikanischen Guerilla der 70er Jahre, werden eine ganze Reihe von Organisationen aufgeführt, die in den 70er Jahren — parallel zur Guerillabewegung in Guerrero bzw. nach deren Niederschlagung — begannen, politisch und organisierend in Chiapas zu arbeiten. 1

Andererseits haben alle sozialen, Menschenrechts- und Bauernorganisationen, die von der Regierung und den Großgrundbesitzern immer wieder beschuldigt wurden und werden, den „sozialen Frieden“ zu gefährden, seit Beginn des Aufstandes erklärt, daß sie die Ursachen dieser Aktion verstehen, diese jedoch nicht unterstützen. Vertreter der „Unabhängigen Bauern- und Landarbeiterzentrale (CIOAC)“, einer seit Jahrzehnten in Chiapas arbeitenden Organisation, wurden in den vergangenen

Tagen festgenommen und in den Gefängnissen der Hauptstadt Tuxtla Gutiérrez gefoltert, um Geständnisse über ihre vermeintliche Teilnahme am Aufstand zu erzwingen.

Die mexikanische Regierung hat mit der Ausrufung des Ausnahmezustandes in Chiapas ohne offizielle Kriegserklärung den schmutzigen Krieg gegen die Bevölkerung begonnen. Während offiziell „die Bereitschaft zum Dialog“ bekundet wird, ist die „militärische Lösung“ in vollem Gange: Bombeneinsätze gegen Indigena-Gemeinden, verschwundene, ungezählte Verhaftete, über deren Verbleib nichts bekannt ist, Exekutionen gefangener EZLN-Kämpfer, unterlassene Hilfeleistungen für verwundete EZLN-Aufständische, Folterungen, Behinderung der in- und ausländischen Presse und der VertreterInnen der nationalen und internationalen Menschenrechtsorganisationen.

Die erste Woche Krieg in Chiapas hat Hunderte von Menschenleben gekostet. Tausende von Indigenas haben angesichts der Bombenangriffe ihre Gemeinden verlassen, sind Flüchtlinge im eigenen Land. In dem vom Militär umzingelten Gebiet herrscht Nahrungs- und Medikamentenmangel.

Internationaler Protest und Druck sind dringend erforderlich, um die mexikanische Regierung zu zwingen, ihre Linie der „militärischen Lösung“ einzustellen und die Forderungen der mexikanischen politischen, sozialen und Menschenrechtsgruppen zu akzeptieren:

- Sofortige Einstellung der Bombardements
- Respektierung der Menschenrechte und der Internationalen Konvention
- Schutz der Zivilbevölkerung
- Verhandlungslösung
- Beginn struktureller Reformen in Chiapas unter Einbeziehung aller sozialen Kräfte und Organisationen — vor allem der Indigenas.

*Mexico D. F., 9. Januar 1994
(Der Artikel wurde uns von der Redaktion der SoZ überspielt.)*

1 Hierbei wurden die folgenden, seit den siebziger Jahren in Chiapas aktiven Gruppen genannt:
Die bewaffneten Streitkräfte der Nationalen Befreiung (FALN) (diese kämpften zwischen 1972 und 1974 in Chiapas und wurden überwiegend aufgerieben); die Revolutionären Brigaden Emiliano Zapata (BVREZ); Gruppen aus dem Norden Mexikos (vor allem aus Torreón);

Vertreter der Theologie der Befreiung, die auf der Grundlage der „política popular“ („Volkspolitik“) arbeiteten; Anhänger der „Massen- und proletarischen Linie“ (Maoisten), ebenfalls aus dem Norden, die vor allem die Selbstverteidigung der Bauerngemeinden initiierten;

die „Union der Völker“, Vorläuferorganisation der PROCUP (Revolutionäre geheime Partei der Arbeiter); die Union der Völker — Partei der Armen, deren wichtigste Führer heute im Gefängnis sind;

Studentinnen und Studenten des Politecnico der Universität von Chapingo, die dem Aufruf der Nationalen Konföderation der Bolschewistischen Organisationen (FNOB) folgten, auf dem Land unter den Bauern zu arbeiten.

INTERVIEW

„Notfalls werden wir wieder streiken!“

Roland Brunner im Gespräch mit Jasna A. Petrovic, Funktionärin im Zentralsekretariat des Verbandes der Unabhängigen Gewerkschaften Kroatiens SSSH in Zagreb.

■ Von den über 700000 Mitgliedern des Gewerkschaftsverbandes haben nur etwa 30000 sich an den Protestkundgebungen beteiligt. Welche Bilanz zieht die Gewerkschaft?

Die Leute in Kroatien sind nicht gewohnt, für ihre Anliegen auf die Straße zu gehen. Viele haben ihre Angst, die ihnen 50 Jahre lang beigebracht wurde, nicht überwunden.

Im Gegensatz zu anderen Ländern Osteuropas gab es in Jugoslawien mit der Arbeiterselbstverwaltung zwar eine theoretische Schule der Demokratie, aber in der Praxis wurde Demokratie nie gelebt.

Angesichts dieser Voraussetzungen ziehen wir eine sehr positive Bilanz aus unserer Mobilisierung. Zum ersten Mal ist es gelungen, durch einen gewerkschaftlichen Aufruf Menschen zum Handeln zu bringen. Auch wir selbst wären noch vor einem Jahr dazu nicht in der Lage gewesen.

Früher wurden die Leute zu Massenkundgebungen aufgeboten. Deshalb nehmen viele solchen Aktivitäten mit Skepsis auf. Trotzdem fanden sich 32000 Leute ein — ein schöner Erfolg angesichts der komplizierten Materie und der schwierigen Situation.

Zudem haben wir bei der Mobilisierung auf jeglichen Populismus verzichtet.

Wir wollten die Leute nicht einfach gegen Tudjman oder gegen die Regierung auf die Straße bringen. Wir wollten den Leuten erklären, worum es geht und was in den vorgeschlagenen Gesetzen steht.

Es wäre sehr leicht, angesichts der Not in Kroatien die Menschen gegen die Regierung aufzubringen und zu mobilisieren. Aber wir wollten die Menschen nicht missbrauchen. Es ging uns um die Sache, nicht um eine unkontrollierbare Dynamik der Massenbewegung.

■ Der erste Vorschlag der Regierung scheint heute durch den Druck der Gewerkschaften vom Tisch zu sein. Was kommt als nächstes?

Im Parlament wurde das Gesetzespaket von der Traktandenliste dieser Session abgesetzt. Wir haben dagegen protestiert. Wir wollen, daß es zu einer Diskussion kommt. Die Sozial- und Arbeitsgesetze geben den ParlamentarierInnen zum ersten Mal die Chance, über die Zukunft Kroatien zu diskutieren.

Dragutin Lesar, Präsident der Vereinigung Unabhängiger Gewerkschaften Kroatien SSSH und einer der populärsten öffentlichen Personen des Landes, bezeichnet dieses von der Regierung vorgeschlagene Gesetzespaket als „historischen Skandal“, mit dem die Regierung die Gewerkschaften aus den Betrieben drängen wolle. (*Novi List*, 18. September 1993). Trotzdem gelang es den Gewerkschaften kaum, ihre Basis gegen die Gesetzesvorlage zu mobilisieren.

Während die beiden Dachverbände KNSH und HUS (siehe Kasten) von vornherein auf eine Mobilisierung verzichten, um in Zeiten des Krieges der Regierung nicht in den Rücken zu fallen, rief die Gewerkschaftszentrale SSSH ihre Mitglieder zum Protest. Während der letzten Septemberwoche fanden in allen größeren Städten Kroatien Kundgebungen statt. Von den 72000 Mitgliedern des Verbandes fanden sich am 23. und 24. September immerhin rund 32000 Menschen in 17 Städten zu Protestversammlungen ein.

■ Welche Rolle spielt in dieser Auseinandersetzung das Parlament, welche die Gewerkschaftsbewegung?

Wir versuchen, dem autoritären Stil der Regierungspartei die Konzeption eines demokratischen, parlamentarischen Systems entgegenzuhalten. Wir sind nicht an einem Streit mit der Regierung interessiert; uns geht es um das politische System.

Die ParlamentarierInnen tragen heute eine große Verantwortung für die Ausgestaltung unseres Staates und dieses Landes.

Wir kämpfen heute für die Errichtung eines Sozial- und Rechtsstaates in Kroatien ...

Wenn wir heute Streiks organisieren, müssen wir sicher sein, daß wir diese auch erfolgreich durchführen und kontrollieren können.

Die Macht einer Gewerkschaft liegt heute nicht darin, den Unmut und die Armut der Menschen zu mobilisieren, sondern solche Mobilisierungen auch zu kontrollieren und nötigenfalls zu stoppen ...

Kroatiens Gewerkschaften in Opposition

Von Roland Brunner

Der folgende Artikel wurde im Oktober 1993 von Roland Brunner, Zagreb, für die Zeitung Neue Gewerkschaft der Gewerkschaft Bau und Industrie in der Schweiz geschrieben. Veröffentlicht wurde er in BRESCHE 1/1994. Er dokumentiert die aktuellen Auseinandersetzungen der Gewerkschaften Kroatiens mit der Regierung. Der Zerfall Jugoslawiens und die aus dem Krieg und den Wahlen hervorgegangenen neuen Regierungen stellen auch die Gewerkschaftsbewegung vor neue Herausforderungen. In Kroatien versuchen die Gewerkschaften, dem Wildwuchs des neuen Kapitalismus Einhalt zu gebieten und eine moderne Sozialgesetzgebung zu erkämpfen.

Im Moment prägt die Auseinandersetzung um ein Paket neuer Gesetze zum Arbeits- und Sozialrecht die gewerkschaftliche Arbeit. Die Regierung legte ein Bündel von sehr rigiden Gesetzen vor, deren Behandlung im Parlament noch aussteht. Die erste Lesung im Saal, dem kroatischen Parlament, konnte durch Druck der Gewerkschaften hinausgezögert werden bis nach der Sommerpause, um Zeit zu haben, die eigene Basis zu mobilisieren.

Ein „historischer Skandal“

Vorgesehen im neuen Arbeits- und Sozialrecht ist ein praktisch vollständiges Streikverbot: Gestreikt werden darf laut Gesetzesentwurf nur noch, wenn der Unternehmerverband dem Streik zustimmt! Der Minimallohn in Kroatien soll zudem einseitig durch die Regierung festgelegt werden können. Am unglaublichesten aber ist die Gesetzesvorlage bezüglich Arbeitsrecht für Frauen: Für jedes Kind, das eine Lohnabhängige auf die Welt stellt, soll ihr Pensionierungsalter um drei Jahre gesenkt werden. In den Genuss dieser bevölkerungspolitischen Maßnahme kommen aber nur Frauen ab dem 60. Lebensjahr — bei einem regulären Pensionierungsalter von 60 Jahren ... Als handfeste Maßnahme soll andererseits der Mutterschaftsurlaub auf 42 Tage verkürzt werden. Im Moment liegt er noch bei einem halben Jahr Dauer bei voller Bezahlung.

Dragutin Lesar, Präsident der Vereinigung Unabhängiger Gewerkschaften Kroatien SSSH und einer der populärsten öffentlichen Personen des Landes, bezeichnet dieses von der Regierung vorgeschlagene Gesetzespaket als „historischen Skandal“, mit dem die Regierung die Gewerkschaften aus den Betrieben drängen wolle. (*Novi List*, 18. September 1993). Trotzdem gelang es den Gewerkschaften kaum, ihre Basis gegen die Gesetzesvorlage zu mobilisieren.

Während die beiden Dachverbände KNSH und HUS (siehe Kasten) von vornherein auf eine Mobilisierung verzichten, um in Zeiten des Krieges der Regierung nicht in den Rücken zu fallen, rief die Gewerkschaftszentrale SSSH ihre Mitglieder zum Protest. Während der letzten Septemberwoche fanden in allen größeren Städten Kroatien Kundgebungen statt. Von den 72000 Mitgliedern des Verbandes fanden sich am 23. und 24. September immerhin rund 32000 Menschen in 17 Städten zu Protestversammlungen ein.

Zurück in vormoderne Zeiten

Josip Zupanov, Soziologieprofessor an der Universität Zagreb, charakterisiert die Proteste wie folgt: „Die Aktionen der Gewerkschaften sind nicht nur eine Verteidigung der Interessen der Lohnabhängigen, wie dies ja die Aufgabe der Gewerkschaften ist. Darüber hinaus bedeuten sie die Verteidigung unserer Zukunft im Sinne einer modernen, zivilisierten Gesellschaft. Das von der Regierung vorgeschlagene Gesetzespaket kümmert sich nicht um menschliche Ressourcen. Es zeigt eine veraltete

Denkweise aus Zeiten der landwirtschaftlichen Produktionsweise und der klassischen Technologie, wie sie zu Zeiten von Karl Marx in Europa aktuell waren. Ich verteidige die Aktivitäten der Gewerkschaften, denn die geplanten Arbeits- und Sozialgesetze werfen uns in vormoderne Zeiten zurück.“ (*Novi List*, 2. Oktober 1993)

Dragutin Lesar betont allerdings, daß auch das alte Arbeitsgesetz nicht besser war. Obwohl darin eine Vielzahl von Schutzbestimmungen existierten, fehlte es an den Strukturen, die die Interessen der Lohnabhängigen wahrnehmen konnten. „Um die Rechte der ArbeiterInnen zu sichern, genügt es nicht, ein Gesetz zu schreiben. Es braucht dazu auch Schutzmechanismen, die reagieren können, wenn diese Rechte verletzt werden. Im alten Gesetz haben wir zwar viele Rechte, aber das ist reine Theorie.“ (*Vecernji List*, 8. 10. 93)

Räuberbarone als neue Kapitalistenklasse

Als Motivation für das vorgeschlagene neue Arbeits- und Sozialgesetz bezeichnet Josip Zupanov den Willen der Regierung, Konzessionen gegenüber dem in-

Gewerkschaftsverbände

HUS: Hrvatska Udruga Sindikata, Kroatische Union der Gewerkschaften, gegründet 1990 von der Regierungspartei HDZ als Opposition zur SSSH, heute nach eigenen Angaben unabhängig. Präsident: B. Belec.

KNSH: Konföderation der Unabhängigen Gewerkschaften, organisiert vor allem Lohnabhängige im tertiären Bereich.
SSSH: Saveza Samostalnih Sindikata Hrvatske, Verband der Unabhängigen Gewerkschaften in Kroatien, gegründet im Januar 1991, heute größter Dachverband mit 72000 Mitgliedern in 26 angeschlossenen Gewerkschaften. Präsident: Dragutin Lesar.

ternationalen Kapital zu machen, um mit tiefen Lohnkosten die ausländischen Investoren anzulocken. Zupanov stellt diese Rechnung in Frage, da modernes Industrie- und Dienstleistungskapital nicht in erster Linie an Billiglöhnen, sondern an gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen von sozialer Stabilität und Sicherheit des Privateigentums interessiert sei. „Ausländisches Kapital ist nicht an alten Technologien interessiert, sondern an hochqualifizierten menschlichen Ressourcen, die es nirgendwo gratis bekommen kann.“ (*Novi List*, 2. 10. 93)

Noch wichtiger als die Konzessionen ans internationale Kapital seien der Regierung aber die Zugeständnisse an die neue Kapitalistenklasse in Kroatien, die Zupanov als eine Klasse der Räuberbarone bezeichnet. „Wir können heute in Kroatien die Herausbildung einer neuen Kapitalistenklasse aus Dieben, Räuberbaronen und Kriminellen miterleben. (...) Eine so gebildete Klasse hat nichts gemein mit einer modernen Kapitalistenklasse und einem modernen Management. Diese würden nie solche Gesetzesvorlagen einbringen. In modernen kapitalistischen Ländern sind das tempipassati.“ (ebenda)

Unfähigkeit und Anarchie in der Regierung

In einem Interview in *Novi List* (21. August 1993) geht Dragutin Lesar mit der kroatischen Regierung hart ins Gericht. Die Entscheide der Regierung seien bestimmt von ideologischen Motiven und politischem Druck. Es fehle ihr an ökonomischem Sachverständ und professionellem Denken. Wenn die Regierung deswegen angegriffen wird, verteidigt

sie sich mit Kriegsgründen: Jetzt sei nicht Zeit für eine solche Diskussion und niemand habe in Zeiten des Krieges das Recht, die Regierung zu kritisieren. Lesar antwortet darauf: „Es ist unser Recht zu fragen, ob es wirklich Sinn macht, Gesetze und Verordnungen zu erlassen, von denen wir alle wissen, daß sie nicht umgesetzt werden können.“

Weltbank und Internationaler Währungsfonds sowie andere internationale Finanzorganisationen stellten ihre Kreditvergabe an Kroatien ein und begründeten diesen Schritt mit der Politik der kroatischen Regierung.

Lesar fordert die Regierung auf, die Gründe, die zu diesem Entscheid führten, offenzulegen und zu erklären. „Wir sehen die Hauptgründe dafür in einer gewissen Anarchie im Funktionieren des Staatsapparates, angefangen von gewissen Doppelspurigkeiten infolge ungeklärter Entscheidungskompetenzen zwischen Parlament und Regierung bzw. Präsident. In einer solchen Situation, die gleichzeitig die Verantwortlichkeit für die bestehenden Verhältnisse verschleiert, ist es kaum erstaunlich, daß die Kompetenz und Autorität des Staates bezüglich Wirtschaft, Finanzdisziplin, Kriminalität und Sicherheit der Individuen sowie des Eigentums sehr fraglich ist. Die Unfähigkeit der staatlichen Behörden mit dem Krieg zu entschuldigen, wurde hier zum allgemeinen Rezept und zur Universalmedizin gegen alle Kritik.“

Ein besseres Zeugnis stellt Dragutin Lesar der Regierung bezüglich des neu vorgeschlagenen Wirtschaftsgesetzes aus: Das Anfang Oktober eingebrachte Gesetzespaket sieht erstmals auch Maßnahmen gegen den Grau- und Schwarzhandel, zur Stabilisierung des Wechselkurses sowie gegen alle möglichen Kriegsgewinner vor und nimmt damit Forderungen der Gewerkschaften auf. Bisher hatte die Regierung einseitig versucht, die Inflation in den Griff zu bekommen, indem die Löhne eingefroren wurden.

Die Lohnabhängigen bezahlten diese Anti-Inflationspolitik wie anderenorts mit massiven Reallohnneinbußen. Der Anteil der Lohnneinkommen am gesamten Sozialprodukt sank denn auch von 10,4 % 1990 auf 8,8 % 1991 und ganze 5,1 % 1992. „Nur Druck auf die Löhne zu machen, konnte keinen Erfolg zeitigen, solange alle anderen Ventile offen blieben“, meint Lesar (*Vecernji List*, 9. Oktober 1993), und tatsächlich konnte dieser erzwungene Lohnverzicht die laufende Abwertung des kroatischen Dinars nicht aufhalten.

Heute liegt der Durchschnittslohn eines Arbeiters bei 200 Franken (ca. 170 DM) pro Monat, während rund 200000 Menschen mit dem sozialen Minimum leben, das für eine vierköpfige Familie ganze 90 Franken beträgt. Lesar kritisiert aber, daß den Maßnahmen im Wirtschaftsbereich keine entsprechenden Vorschläge im Sozialbereich gegenüberstehen.

In einem Flugblatt anlässlich des Protests gegen das vorgelegte Arbeitsgesetz schreibt die Gewerkschaft: „Wir sind uns alle bewußt, daß wir zu Zeiten des Krieges gegen Kroatien, des notwendigen Übergangs vom Sozialismus

zum Kapitalismus, der Ablösung des sozialen durch das private Eigentum leben. Es ist uns klar, daß dieser Übergang schmerhaft ist und uns etwas kostet. Was für uns aber am schmerhaftesten ist, ist die Tatsache, daß die größte Last dieses Überganges den ArbeiterInnen, den Arbeitslosen und den RentnerInnen aufgebürdet wird. Während wir immer ärmer werden, bereichert sich eine kleine Elite der Gesellschaft.“

Gewerkschaften als politische Opposition ?

Die Gewerkschaften in Kroatien stellen heute die einzige wirkliche Gegenmacht zur herrschenden HDZ-Regierung dar. Die Parteienlandschaft ist aufgesplittet in Dutzende von Kleinstparteien. Einzig die Liberal-Demokraten und regionale Bündnisse wie das „Istriische Demokratische Forum“ oder die „Dalmatische Aktion“ können auf der politischen Bühne die regierende HDZ herausfordern.

Der Soziologieprofessor Josip Zupanov ist allerdings skeptisch, was die Möglichkeiten von sozialem Protest in Zeiten des Krieges betrifft. Soziale Verteilungskämpfe beginnen normalerweise in Phasen des Wiederaufschwungs, nicht in den Talschalen der Krise. Mitten in der Krise versuchen die Leute immer, irgendwie individuell zu überleben. Zupanov bezeichnet Serbien als Beispiel: Bei Monatslöhnen von fünf Franken bleibe keine Perspektive mehr für sozialen Protest. Der Kampf ums tägliche Überleben stelle den einzigen möglichen Lebensinhalt dar. Der riesige Repressionsapparat sei da nur noch das Pünktchen aufs i, um die Leute von gemeinsamen Aktionen abzuhalten.

Auch einen möglichen gesellschaftlichen Grundkonsens sieht Zupanov in Kroatien kaum kommen: Wo die gemeinsamen Interessen fehlten, sei auch kein Konsens möglich. In Westeuropa, den USA oder Japan sei modernes Management mindestens zum Teil mit hochqualifizierten Lohnabhängigen auf der Grundlage einer konkurrenzfähigen Wirtschaft konsensfähig. Während es im Westen bei Interessenkonflikten um die Verteilung des gemeinsam erarbeiteten Kuchens gehe, könne es in Kroatien kaum einen Konsens geben zwischen Räuberbaronen und Lohnabhängigen, die um ihr tägliches Überleben ringen müssen.

Trotzdem sieht Dragutin Lesar die Gewerkschaften nicht als Parteiersatz und die Gewerkschaftsarbeit nicht als Politik. Die Idee, ausgehend von den doch recht einflußreichen Gewerkschaften eine neue Partei der Lohnabhängigen zu gründen, weist er von sich. Parteien gäbe es schon genug, und Gewerkschafter hätten in der Politik wenig zu suchen. Auch sich selber sieht er nicht als Politiker, obwohl sein Einfluß auf die Politik nicht unbedeutend ist. „Wenn alles, wofür ich mich einsetze und woran ich arbeite, Politik ist, dann bin ich halt ein Politiker“, meint Lesar lakonisch. aus: Linksys, /CL/Europa/Balkan, 12. Dezember 1993



Andreas Meurer, Hardy Vollmer, Hunno Hochberger:
Die Intervention der BRD in den jugoslawischen Bürgerkrieg, Hintergründe, Methoden, Ziele.

Erschienen im Juli 1992. Inzwischen in der 3., unveränderten Auflage. 56 Seiten A-4, Preis: 6,00 DM.

Bestellungen an:
GNN-Verlag
Postfach 260226
50515 Köln

Rußland auf dem Wege zur Diktatur?

Mit den bisher dargestellten Entwicklungen wird versucht, eine Erklärung für das Phänomen Rußland der 90er Jahre zu finden. Keineswegs deutlich jedoch sind die Ursachen zu erkennen, die es hervorbrachten. Nicht selten taucht heute der Vergleich Jelzins mit den russischen Zaren auf, und in der geheimnisvollen russischen Seele wird die Neigung zur „starken Hand“ gesucht. Sicher mögen solche Faktoren eine bestimmte Rolle spielen. Mehr noch jedoch erscheint die Beobachtung der jüngsten sowjetischen Vergangenheit in ihrer äußersten Widersprüchlichkeit notwendig zu sein.

Staatskapitalismus und Bürokratie, eine „monolithische“ Partei und äußerster Zentralismus, totalitäre Macht, besonders zu Zeiten Stalins, und Stagnation zur Brezhnev-Zeit verhinderten Demokratie und freie Entwicklung des Einzelnen. Die sowjetische Gesellschaft – autark entwickelt – verfügte über geringe Kommunikationsmöglichkeiten mit der sie umgebenden Welt. Der hohe Grad ihrer Isoliertheit förderte im Innern stark paternalistische Strukturen, repräsentiert und gefördert durch die Partei- und Staatsbürokratie.

Überlegungen russischer Linker, die in diesen Umständen die Ursache für den Konformismus in Rußland sehen, sind interessant und überdenkenswert.

Partei und Staat waren in gewisser Weise „Garanten“ für ein ruhiges Leben und „soziale Absicherung“. Die Gewöhnung an den „Retter“, der das Land auf den rechten Weg führen wird, verursachte Initiativlosigkeit und den Verlust der Fähigkeit zur Eigenorganisation. Ansätze zur Überwindung waren jedoch gegeben. Die Zeit um den XX. Parteitag der KPdSU, in der ein merklicher Aufschwung der kritischen Auseinandersetzung mit der sowjetischen Wirklichkeit zu verspüren war, war eine Zeit des beginnenden Aufbruchs. Aber auch Gorbatschow scheiterte mit seinem bürokratischen Kampf gegen die Bürokratie an dem fest im Sattel sitzenden Kleinbürgertum des Partei- und Staatsapparates. (Beispiel ist A. Jakowlew, der zu Zeiten Gorbatschows „Ideologe“ der Perestroika war und heute von Jelzin zum Chef des Russischen Fernsehens in Ostankino gemacht wurde).

Nach Gorbatschows Scheitern steht auch Jelzin vor gleichen Konsequenzen. Je stärker seine Bewegung in Richtung eines autoritären Regimes, das gestützt wird von den alten und neuen Nomenklatur-Kapitalisten und dem militärisch-industriellen Komplex, desto schwächer wird seine Macht. Kommt nun der nächste „Retter“?

Das Parlament Rußlands, das Jelzin 1991 in freier Wahl zum Präsidenten gemacht und ihm zusätzliche Rechte zur Durchführung radikaler Reformen gegeben hatte, wurde schließlich sein eigenes Opfer in der Auseinandersetzung mit einem nach alleiniger Macht strebenden Präsidenten. Die von Jelzin und seinen radikalen Liberalen durchgeführte Schocktherapie beförderte unter den Bedingungen der zunehmenden Widersprüche und sozialen Spannungen das Anwachsen rechter und nationalistischer Stimmungen und Tendenzen als direkte Folge. Sicher nicht von ungefähr hat der IWF sofort nach Bekanntwerden der Wahlergebnisse Überlegungen ange stellt, wie die Inflationsrate gebremst werden kann. (Iswestija, 30. 12. 1993)

Dem Nomenklatur-Komplex entgegen steht die erstarkende junge Finanzbourgeoisie, die ihre eigenen Ziele verfolgt und alle Sünden der umfassenden Krise gern dem herrschenden Regime zuschreiben möchte. Sie aber braucht eine soziale Basis und findet sie in der zunehmend pauperisierten Masse, die ihre soziale Identifikation, ihre Orientierung und ihre bisherigen Lebenswerte verloren hat. Die historisch bedingte Schwäche der Bürgergesellschaft gestaltet es einem Demagogen wie Schirinowski, diese enttäuschte, „führerlos“ gewordene Masse mit seinen Lösungen zu beeinflussen und einzufangen. Lösungen gegen die rot-braune Gefahr, die – auch im Westen schnell aufgegriffen – während der Oktoberereignisse sofort zur Hand waren, verdeutlichen die mas-

senhafte antikommunistische Propaganda dieser Tage. Mit der Kampagne gegen den Kommuno-Faschismus machte Jelzin Schirinowski eigentlich erst richtig populär und bereitete seine eigene Niederlage gegen Schirinowskis vor.

Die im Lande herrschende Willkür und offen zu Tage tretende Auseinandersetzung um die Macht können eine noch größere Willkür hervorrufen: die Willkür einer Diktatur, die sich den Anschein einer „Ordnungsmacht“ in und für Rußland gibt.

Nicht zuletzt wurden nationalistische Erscheinungen unterstützt und gefördert durch die – auch schon früher – begangenen Fehler in der Politik gegenüber anderen Völkern und Nationen. Von Moskau aus wurden die alte zentralistisch ausgelegte Politik weitergeführt und Ansprüche zur Sicherung der Zentralmacht geltend gemacht. Ökonomischer Druck und militärisches Eingreifen (z. B. in Abchasien gegenüber Georgien) wurden als Mittel zur Lösung von Konflikten eingesetzt. Nicht zuletzt sind sich ausbreitender Chauvinismus und Separatismus Quellen rechter, nationalistischer Stimmungen und Tendenzen.

Das Land, das 1917 den Unterdrückten dieser Welt Hoffnung und Mut gab, das 1945 den Sieg über den Faschismus

bilder aufzubauen und diese Themen zum Gegenstand des Wahlkampfes 1994 machen.

Für Realpolitiker und auch für die Linke in Europa kann nur eine Analyse geltend gemacht werden, die sowohl die Widersprüchlichkeit der Entwicklung seit 1917 erfaßt als auch die heutigen Gefahren mit Nüchternheit beurteilt.

Die Linke in Rußland

Nicht erst mit dem Verbot der KPdSU am 25. 8. 1991 durch Boris Jelzin wurde die Krise der bisher führenden Partei in der ehemaligen Sowjetunion deutlich. Sie hatte schon vorher die Fähigkeit verloren, nüchtern und realistisch die Entwicklung zu beurteilen, und damit auch den Anspruch verwirkt, Interessenvertreter der Werktätigen zu sein. Die sich verstärkende Krise der Sowjetgesellschaft und ihr folgender Zusammenbruch trafen die Partei tödlich. Ihr Abtritt von der politischen Bühne war nahezu ruhlos, sie zerfiel, ohne Widerstand zu leisten.

Es ist kaum möglich von außen, eine umfassende Darstellung der linken Be-

tiven Charakter. Schon bald nach dem Verbot der KPdSU wurden Bestrebungen sichtbar, die alte Partei neu zu beleben und die verschiedensten Gruppen, die sich „komunistisch“ nannten, wieder unter dem einheitlichen Dach der KPdSU zu vereinigen. Angestrebt wurde eine Art Dachorganisation in Gestalt des Bundes Kommunistischer Parteien (BKP-KPdSU). Der Bund strebt nach der grenzübergreifenden Vereinigung der KPen der ehemaligen Sowjetrepubliken. Hier sind auch Forderungen nach Wiederherstellung der Einheit der Sowjetunion angesiedelt. Versuche verschiedener Gruppen, andere Lösungen zu finden, werden von den Vertretern dieser Bestrebungen hart bekämpft und als verrätrisch bezeichnet.

4. Die Widerspiegelung der sich neu formierenden sozialen Strukturen in der linken Bewegung zwingt offenbar auch vor allem in der Auseinandersetzung mit dem herrschenden Regime zu einer bestimmten politischen Nähe zu nationalistischen und chauvinistischen Auffassungen. Linke Kräfte zum Beispiel nahmen aktiv an der Arbeit der „Front zur Nationalen Rettung“ teil, an der sich auch rechte und royalistisch orientierte Gruppen beteiligten.

Vor den Wahlen in Rußland wurde der



Straßenkreuzer in Moskau.

unter ungeheuren eigenen Opfern mit erringen half, gebiert eine rechte, nationalistische Gefahr in Gestalt des „Clowns“ Schirinowski (nach New York Times, zitiert in Iswestija vom 30. 12. 93). Man muß denen zustimmen, die vor einer Unterschätzung rechter und nationalistischer Tendenzen warnen, besonders dann, wenn die Person, die sie verkörpert, verächtlich gemacht und als zeitweilige Erscheinung abgetan werden soll.

Gleichzeitig ist jedoch nicht zu übersehen, daß wieder einmal die kommende Gefahr aus dem Osten beschworen und die NATO-Strategie gegenüber Osteuropa als Teile- und Herrsche-Politik volle Anwendung findet. James Schlesinger, ehemaliger Verteidigungsminister der Nixon- und Fordregierung, äußerte sich zum Verhältnis der USA („Wir sind die einzige Supermacht“) zu Rußland deutlich: „Rußlands Zukunft ist das wichtigste Sicherheitsproblem der Vereinigten Staaten...“ (Frankfurter Rundschau, 6. 12. 1993). Sieht sich der Westen nach den Wahlen in Rußland erneut in der Situation, auf den falschen Mann gesetzt und nicht begriffen zu haben, was in Rußland, bzw. überhaupt in Osteuropa, vorgeht? Nicht zuletzt auch die Wahlergebnisse in Polen zeigen, daß es den Politikern aus NATO, EG und Bundesregierung schwerfällt, die Lage korrekt zu beurteilen. Nicht zu sprechen von der Politik, die auf der Grundlage falscher Vorstellungen erfunden wird. Wie wurden die Versprechungen vom Teilen in Europa nach dem Wegfall der Systemkonfrontation erfüllt? Wurden sie nicht alle gebrochen und in kurzer Zeit die Spaltung Europas in arm und reich angestrebt, um die Herrschaft der Reichen in Europa zu sichern? Nun ist zu befürchten, daß die Entwicklung in Rußland genutzt wird, um neue Feind-

wegung und Parteien in Rußland zu geben. So atomisiert wie die gesamte politische Szene in Rußland (es gibt über 130 verschiedene Parteien und Gruppierungen von rechts bis links) scheinen auch die linken Kräfte zu sein.

Und was ist heute in Rußland links? Kaum vorstellbar ist es, Gruppierungen, wie die Allianzspartei der Kommunisten (Bolschewiki) mit Nina Andrejewa an der Spitze (sie hatte schon zu Gorbatschows Zeiten mit der Verherrlichung Stalins für Aufsehen gesorgt), die in der Stalin-Epoche die größte Errungenschaft des realen Sozialismus sieht, als linke Partei zu betrachten.

Mit großer Vorsicht erscheint es möglich, einige Tendenzen ablesen zu können, die sich in der linken Bewegung Rußlands abzeichnen.

1. Nach über siebzig Jahren der Existenz nur einer Partei und einer pervertierten Auslegung und Anwendung marxistischer Denkweisen ist eine ausgearbeitete Programmatik, besonders nach dem Scheitern des sozialistischen Versuchs, nicht zu erwarten. Theorie und Praxis klaffen weit auseinander.

2. Es erscheint verfrüht, zu versuchen, alle politischen linken Regungen nach bisher bekannten Mustern einordnen zu wollen. Traditionelle politische Bewegungen, wie sie vor 1917 existierten, haben sich über die Jahre der Sowjetmacht kaum erhalten. Obwohl das linke Spektrum von kommunistisch bis liberal-links zu beobachten ist, sind historische Verwandtschaften, z. B. zur Sozialdemokratie Rußlands, nur in Ansätzen sichtbar. Gegründet hat sich eine Sozial-Demokratische Partei Rußlands (SDPR), die über mehr als eine Forderung nach einem sozial gerechten Weg zur Marktwirtschaft nicht hinauskam.

3. Viele Aussagen aus den Reihen der Nachfolger der KPdSU tragen konserva-

tive Versuch unternommen, mit der Durchführung eines Kongresses demokratischer Linkskräfte ein gemeinsames Vorgehen abzustimmen. Es beteiligten sich an der Vorbereitung sowohl Kommunistische Parteien und Gruppen als auch sozialistisch und sozialdemokratisch orientierte. Verbote einiger Parteien nach dem Oktober-Auseinandersetzung und dem Sturm der Armee auf das Weiße Haus und die Verpflichtung zur Vorlage von 100.000 Unterschriften zur Registrierung führten schließlich dazu, daß dieses Bündnis nicht zustandekam.

Als einzige linke Kraft, die sich zur Wahl stellte und auf Anhieb in die Duma gewählt wurde, setzte sich die KP der russischen Föderation mit etwa 600.000 Mitgliedern durch. Ihr Vorsitzender ist Gennadi Sjukanow, der die Wiederherstellung der Gesetzlichkeit in Rußland, den Verzicht auf die Schocktherapie, außerordentliche Maßnahmen gegen die Spekulation und Korruption, die Sicherung des Lebensniveaus der Bevölkerung und die Erhaltung eines demokratisch organisierten, einheitlichen Unionsstaates fordert. (Iswestija, 19. II. 93)

Sehr differenzierte und gegensätzliche Positionen in der linken Bewegung in Rußland verdeutlichen, daß ihr Formierungsprozeß noch lange nicht abgeschlossen ist. Es bleibt abzuwarten, wie sich die KP der russischen Föderation in ihre Rolle als einzige linke Kraft in der neuen Duma in der Auseinandersetzung mit dem Jelzin-Block und der Partei Schirinowskis bewährt.

Neue politische Auseinandersetzungen in Rußland sind zu erwarten. Die linken Kräfte werden nur bestehen können, wenn es ihnen gelingt, demokratische Forderungen durchzusetzen und gegen die rechte und nationalistische Gefahr Front zu machen. – (abe)

KOMMENTIERT

Bosnisch-kroatisches Treffen in Bonn

Die NATO droht Serbien wieder mit Luftangriffen.

Der Regieablauf war beabsichtigt. Gleichzeitig mit der NATO-Gipfelkonferenz in Brüssel fand in der Bonner Nobelherberge auf dem Petersberg ein Treffen zwischen einem Vertreter der bosnischen Muslime, Alija Izetbegović, und dem kroatischen Präsidenten Tudjman statt. Izetbegović wird als Präsident der Bosnier gehandelt, kontrolliert aber wenn überhaupt nur noch einige Truppenkontingente in Sarajevo und Zentralbosnien. Sein Gegenspieler Franjo Tuđman (ebenfalls Bosnier) hat sich schon längst der Dominanz der Izetbegović-Leute entzogen, ein Friede abkommen mit den Vertretern der bosniachen Kroaten und Serben abgeschlossen, und macht sich mit anderen friedlichen Aufbau der Provinz Bihać, gestört nur durch militärische Angriffe des Kriegstreibers Izetbegović.

Diese Auseinandersetzung, zu der viel zuwenig beachtet wird, zeigt deutlich den Charakter der beiden Parteien: Izetbegovic, die keinerlei Interessen an Frieden in Bosnien haben, das Beispiel Bihać zeigt, schon längst gewesen wäre. In den letzten Wochen haben die Izetbegovic-Truppen auch einen Großangriff gegen die bosnischen Kroaten gestartet, ihnen empfindliche Verluste beigebracht. Diese Aktion nahm der kroatische Präsident Tuđman zum Anlaß, mit einem militärischen Eingreifen regulärer kroatischer Truppen in Bosnien zu drohen. Nebenbei: Diese Intervention hat inoffiziell schon längst stattgefunden. Bereits am 28. 3. 93 überschritten zwei Bataillone der 108. Brigade der Kroatischen Nationalgarde den Grenzfluß Sava und drangen bis Derventa vor.

Im Gegensatz zu den sicher nicht friedfertigeren Absichten der Vertreter eines Großserbiens, die wegen ähnlicher Aktionen mit vollständiger Blockade belegt wurden, rührte sich weder bei den Aktionen der Izetbegovic-Truppen noch bei den kroatischen Einsätzen international irgendein Protest oder Sanktionsmechanismus. Trotzdem verursacht jetzt die Auseinandersetzung zwischen den Izetbegovic-Kräften und Einheiten bosniischer Kroaten denjenigen, die einseitig allen Serben die Schuld zuweisen wollen, einiges Kopfzerbrechen. Insbesondere die Bundesregierung in Bonn kommt zunehmend in Erklärungsnotstand. Deswegen mußte sie schnell handeln und ihre Satrapen Izetbegovic und Tuđman zur Klausur einsperren und wieder auf den Kurs bringen. Dies war notwendig, um auf dem gleichzeitigen NATO-Gipfel in Brüssel ein militärisches Vorgehen gegen die serbischen Einheiten um Sarajevo durchzusetzen.

Es ist stark anzunehmen, daß die übrigen NATO-Mitglieder das von der deutschen Regierung verlangt haben. Das Ziel des Petersberger Treffens war sicherlich, Izetbegovic-Truppen und die Tuđman-Kräfte wieder zu einer Einheitsfront gegen alle Serben zusammenzubringen. Gleichzeitig beschloß der NATO-Gipfel, daß nun Luftangriffe auf serbische Stellungen um Sarajevo und gegen die Stadt Tuzla durchgeführt werden sollen. Zusätzlich forderte nun die britische Regierung, die bisher gegen jeden Militäreinsatz in Bosnien war, weitere Luftangriffsziele auszuwählen.

Wenn das Treffen in Bonn einen Sinn mache, dann den, England und Frankreich ruhigzustellen und ihnen Positionen bezüglich militärischer Optionen gegen Serbien zu entlocken. Dafür sollte die Bundesregierung Druck auf ihre Vasallen ausüben. Durch die NATO-Beschlüsse ist es der Bundesregierung sicher wieder einmal ein gutes Stück gelungen, ihre Interessen durchzusetzen. Die Serben werden weiterhin als Hauptfeind betrachtet, Sanktionen werden verschärft und militärische Optionen sind nun sicherer geworden. Ob aber das Treffen dazu führte, den Schulterschluß Izetbegovic-Tuđman herzustellen, muß nach den letzten Informationen zweifelt werden. Zwar behauptet die kroatische Seite, Izetbegovic hätte ihrem Vorschlag zugestimmt, dieser aber spricht nur von einem Entgegenkommen. Der Vorschlag Kroatiens geht von einer bosnisch-kroatischen Konföderation aus. Dies wird aber von den Vertretern der bosnischen Serben als weitere Kriegserklärung angesehen und in militärischem Ton abgelehnt. – (hav)

Neuorientierung erforderlich!

Resolution der Studierenden der Universität Hannover vom 9.12.93

Situation an den Hochschulen

Die Situation an Hochschulen und Universitäten ist katastrophal. Auf 900 000 Studienplätzen drängen sich heute 1,8 Millionen StudentInnen. Seit 1977 gibt es an den Hochschulen 75 % mehr StudentInnen, wogegen die Zahl der wissenschaftlichen MitarbeiterInnen nur um 6 % angestiegen ist. Seit 20 Jahren sinkt der Anteil der Ausgaben für die Hochschulen am Bruttosozialprodukt. In Hannover belegen 31 600 Studierende 13 700 Studienplätze, dies bedeutet eine Überbelastung von 226 %.

Die bekannten Folgen sind unter anderem völlig überfüllte Hörsäle, unzureichende Betreuung durch überforderte DozentInnen, fehlende Laborplätze, unzureichend ausgestattete Bibliotheken ...

Soziale Lage der Studierenden

Einige Beispiele: Lediglich 30 % der StudentInnen erhalten BAföG, davon wiederum nur ein Drittel den Höchstsatz von 960 DM, wodurch 70 % aller Studierenden gezwungen sind, neben dem Studium zu arbeiten. Eine StudentIn benötigt im Monat ca. 1200 DM, davon geht mindestens ein Drittel für die Miete ab. StudentInnen sind von der Wohngesellschaft besonders betroffen. In Hannover stehen nur für 5,3 % der Studierenden Wohnheimplätze zur Verfügung.

StudentInnen mit Kindern werden beauftragt, weil nicht genügend Kindertagesstätten- bzw. Kindergartenplätze vorhanden sind ...

Keine Deformen!

Die derzeit geplanten Deformmaßnahmen werden nichts an diesen Ursachen für die Bildungsmisere, wie ungewollt lange Studienzeiten, ändern, sondern bestrafen noch die Opfer dieser verfehlten Hochschulpolitik mit Studiengebühren und anderen Zwangsmaßnahmen.

Die gegenwärtige Diskussion um Hochschulreformen sieht von Seiten der Landesminister folgende Maßnahmen vor:

- Studiengebühren und Zwangsexmatraktion nach Überschreitung der Regelstudiedauer
- Zeitlich festgesetzte Prüfungen, d.h. automatische Anmeldung zu Prüfungen, Nichterfüllen der Voraussetzungen bedeutet „Durchgefallo“
- Zwangsberatungen, z.B. nach nicht-bestandenen Prüfungen
- Einführung des Freischusses in allen Studiengängen
- Zwei- bzw. Dreiteilung des Studiums
- Evaluation zur Verbesserung der Lehre.
- Mittelzuweisung nach erfolgs- und qualitätsorientierten Kriterien.

Die Maßnahmen schaffen Mißstände nicht ab, sie verschärfen sie!

Zwangsmäßig: Studienzeiten dürfen nicht Gegenstand bürokratischer Reglementierungen sein, sondern müssen allein in der selbstbestimmten Entscheidung der einzelnen Studierenden liegen.

Die Einführung von Zwangsmäßigkeiten ist ein völlig ungeeignetes Mittel, die Situation an den Hochschulen zu verbessern. So werden StudentInnen zu einem Studium gezwungen, das sich nur noch an Abschlüssen orientiert und Engagement außerhalb des eigenen Studienfaches bestraft. Der Freischuß beauftragt sowohl sozial schlechter gestellte Studierende als auch jene, die sich über ihr eigenes Studienfach hinaus engagieren.

Solche Sanktionen sind in höchstem Maße unsocial und ungerecht, da sie in keiner Weise die individuellen Lebensbedingungen von StudentInnen berücksichtigen. StudentInnen, die zur Finanzierung ihres Lebensunterhalts arbeiten müssen, Kinder erziehen oder Freiraum, z.B. für Mitarbeit in der aca-



demischen Selbstverwaltung, nutzen wollen, werden dadurch zusätzlich beauftragt.

Die Einrichtung bundesweit einheitlicher Regelstudienzeiten vernachlässigt unterschiedliche Studienbedingungen an den Hochschulen und dient einzig dazu, die Einführung von Studiengebühren u.a. vorzubereiten.

Zwangsbereitungen bedeuten eine Bevormundung von StudentInnen.

Zweiteilung des Studiums: Zweiteilung bedeutet die Aufteilung des universitären Studiums in einen unwissenschaftlichen, reinen Ausbildungsbereich und einen Aufbauabschnitt für einen zahlenmäßig geringeren wissenschaftlichen Nachwuchs. Die bisher — zumindest angestrebt — Einheit von Forschung und Lehre, die ein Grundelement von Hochschulbildung ist, wird damit aufgegeben, die Universität wird für die meisten StudentInnen zu einem reinen Ausbildungsbetrieb degradiert. Nur wenigen wird ein Elitestudium ermöglicht!

Autonomie: Von den politischen Entscheidungsträgern wird Autonomie der Hochschulen im wesentlichen im Sinne eines möglichst wirtschaftlichen Managements von In- und Outputs begriffen: Die Hochschulleitung soll für eine effiziente Ausbildung von „Humanressourcen“ nach marktwirtschaftlichen Kriterien Sorge tragen. Diese Sichtweise missbraucht den Begriff Autonomie für die Etablierung hierarchischer Strukturen im Dienste ökonomischer Interessen. Geld anstelle von Lehrinhalten oberste Priorität einzuräumen, führt den eigentlichen Auftrag der Universität ad absurdum!

Externe Evaluationen von Hochschulen, Fachbereichen oder ProfessorInnen, die sich auf AbsolventInnenzahlen als „Output-Kennwert“ beziehen, gefährden die Freiheit von Forschung und Lehre. Mit angedrohten Sanktionen, d.h. Mittelstreichungen oder Sondervergütungen für „besondere Lehrleistungen“ werden Statistiken zu Zielen der Bildung gemacht ...

Grundlage einer Studienreform

Bildungspolitik findet zur Zeit unter dem Diktat von Finanz- und WirtschaftsministerInnen zusammen mit der Industrie statt (siehe „Bildungsgipfel“ am 11. 11. 93).

Eine Reform darf aber nicht dem beherrschenden Argument gegenwärtiger Politik — Sicherung des „Wirtschaftsstandortes Deutschland“ — unterliegen und unter dem Primat betriebs- bzw. volkswirtschaftlicher Kosten-Nutzen-Relationen diskutiert werden.

Anstatt Hochschulpolitik im Sinne einer betriebswirtschaftlichen Rationalisierung zu betreiben, muß eine Reform des Bildungswesens in Deutschland von einer Debatte über Stellung und Aufgaben der Hochschulen in Wissenschaft und Gesellschaft ausgehen. In einer immer komplexer werdenden Umwelt muß der Mensch zu kritischem und innovativem Denken fähig sein. Insofern muß das Studium wissenschaftliche Denkweisen, die Fähigkeit zum Umgang mit fächerübergreifenden Problemen sowie soziale Qualifikationen vermitteln.

Wir fordern daher: — Demokratisierung der Hochschule, Drittelparität in den universitären Gremien, d.h. als gleichwertige Parteien DozentInnen/ProfessorInnen, StudentInnen, wissenschaftlich, technisch- und verwaltungsdienstlich tätige MitarbeiterInnen.

— Eine gleichberechtigte Teilnahme von Frauen ist Voraussetzung für demokratische Verhältnisse. In allen Bereichen müssen bei gleicher Qualifikation Frauen bevorzugt eingestellt werden, so lange bis eine Gleichstellung der Frauen erreicht worden ist (50 %).

— Öffnung der Hochschulen für alle, Zulassungsbeschränkungen sind abzulehnen, Hochschulen müssen für alle Mitglieder der Gesellschaft offen sein,

niemandem darf das Recht auf Bildung verwehrt bleiben

— Abschaffung von Regelstudienzeiten und den damit verbundenen Zwangsmaßnahmen

Für eine kreative und kritische Hochschulkultur fordern wir außerdem:

— Zusätzliche universitäre Angebote, die alternative Lernformen umsetzen.

— Projektstudium, interdisziplinäre Veranstaltungen, autonome Seminare etc. — Diese sollen auch durch Leistungsnachweise gleichwertig anerkannt werden.

— Einbindung von globalen Fragestellungen (Ökologie, Friedensforschung, Gesellschaftsentwicklung) in Forschung und Lehre aller Fachrichtungen.

— Keine strikte Trennung zwischen Fachhochschulen und Universitäten; die gleichwertige Anerkennung der Abschlüsse.

— Adäquate Ausstattung der Hochschulen mit Personal und Sachmitteln.

— soziale Absicherung aller Studierenden.

Studiendeform und Sozialabbau

Die Sicherung des „Wirtschaftsstandortes Deutschland“ ist das beherrschende Argument gegenwärtiger Politik. Unter diesem nationalistischen Deckmantel wird die Umverteilung des gesellschaftlichen Wohlstandes von unten nach oben weiter durchgesetzt, werden Sozialleistungen und Beihilfen abgebaut und gleichzeitig die Unternehmenssteuersätze gesenkt.

Dabei werden die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen gegeneinander ausgespielt. Ostdeutsche gegen Westdeutsche, ArbeitnehmerInnen gegen Arbeitslose, StudentInnen und SchülerInnen gegen Berufstätige und so weiter. Nur die Unternehmen müssen hierzu nichts beitragen ...

EBenso unverschämt wie die Kohlsche Aussage vom „kollektiven Freizeitpark“ ist die Bezeichnung „arbeitscheue Bummelstudenten“! Die Opfer unsozialer Politik werden so zu TäterInnen gemacht.

Die einfachen Erklärungen erweisen sich immer mehr als Markenzeichen zeitgenössischer Politik, die Präsentation von Sündenböcken soll wie so oft von den politischen Versäumnissen der Vergangenheit ablenken.

Wir verstehen unseren Protest nicht als rein ständische Interessenvertretung, sondern wollen durch die Beschreibung unserer Situation eine zunehmende Ökonomisierung verdeutlichen, die sich ebenso in anderen gesellschaftlichen Bereichen vollzieht ...

Wir fordern die Landesregierung auf: Die Unterschrift unter das Eckwertepapier zurückzunehmen, Studiengebühren und andere Zwangsmaßnahmen nicht als Mittel der Hochschulpolitik zu akzeptieren, sich nicht den wirtschaftlichen Interessen des Kapitals unterzuordnen, sondern die Politik der sozialen Kälte zu durchbrechen!

Wir fordern die niedersächsische Landesregierung auf, die Zustimmung zu Sozialabbau und Bildungsreform zurückzunehmen und sich stattdessen entschieden dagegen zu wenden!

Wir fordern die Ministerin für Wissenschaft und Kultur auf:

Zur Bildungsreform klar Stellung zu beziehen, das Diktat einer Finanzpolitik nicht hinzunehmen, endlich die Aufgaben ihres Amtes auszufüllen und Bildungspolitik zu betreiben, sich dagegen zu wehren, daß unqualifizierte, inkompetente PolitikerInnen die Hochschulpolitik zur Chefsache erklären und im Schnellverfahren, ohne Beteiligung von Betroffenen, Entscheidungen treffen!

Schluß mit der unsozialen Politik, mit der „Standortsicherungslüge“, mit der Elitebildung — Für eine Umverteilung des gesellschaftlichen Wohlstands von oben nach unten — Für Bildung statt (R)Ausbildung — frei von wirtschaftlichen Verwertungsinteressen — Für eine demokratische Bildungsreform! — (kar)

HAMBURG

Hungerstreik von Flüchtlingen

Am 11. 12. 1993 hatten ca. 40 Flüchtlinge in Hamburg einen Hungerstreik begonnen, der 10 Tage später beendet wurde.

Begonnen hatte die Aktion mit der Besetzung der Kantine des „Flootel Altona“, eines von mehreren Wohnschiffen der -Zentralen Aufnahmestelle in Hamburg. Gleichzeitig fand draußen vor dem Schiff eine Kundgebung mit 200 TeilnehmerInnen statt. Die Flüchtlinge hatten folgende Forderungen gestellt: „Wir kämpfen — 1. gegen die Abschiebungen, — 2. gegen das neue Asylgesetz, — 3. gegen die schlechten Unterbringungsbedingungen, — 4. gegen die Verteilung in andere Bundesländer, in denen unser Leben gefährdet ist, — 5. gegen unbegründete Verhaftungen (z.B. wegen Verstoßes gegen Aufenthaltsbestimmungen, — 6. für den sofortigen freien Zugang der Presse und der BesucherInnen.“ (aus der Erklärung der hungerstreikenden Flüchtlinge vom 13. 12. 93)

Die Behörden reagierten darauf mit der Drohung, die Kantine polizeilich räumen zu lassen. Sie taten alles, um die Flüchtlinge zu isolieren und die Aktion vor der Öffentlichkeit geheimzuhalten. Der Presse und Besuchern wurde der Zutritt verweigert, ebenso Ärzten und Flüchtlingen anderer Schiffe. Den nicht streikenden Flüchtlingen wurde das Betreten der Kantine verboten. Die Behörden versuchten, die Flüchtlinge zu spalten, indem sie einzelnen die nochmalige Untersuchung ihrer Fälle versprachen. Als dies nicht gelang, versuchten sie es mit Diffamierungen. Die Sprecherin der Sozialbehörde, Christina Baumann, behauptete öffentlich, die Flüchtlinge würden gar nicht wirklich hungrig, sondern heimlich essen. Mit dieser Begründung wurde auch den Ärzten der Zugang verwehrt. Wo es keinen Hungerstreik gibt, braucht es auch keine ärztliche Kontrolle. Ein Flüchtling mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Er wurde am nächsten Tag entlassen, da die Behörde die Kosten für die Behandlung nicht übernehmen wollte. Aus diesen Gründen war es für die Flüchtlinge sehr

schwierig, den Kampf weiterzuführen. Ihnen und den Unterstützern gelang es nicht, eine breite Öffentlichkeit herzustellen, und zu wenige unterstützten den Kampf. Die Flüchtlinge hatten die Hoffnung gehabt, daß sich Flüchtlinge aus anderen Unterkünften am Hungerstreik beteiligen würden. Dies wurde wohl auch an vielen Orten diskutiert, passierte dann aber nicht. Eine Gruppe von Migranten begann kurz vor Ende der Aktion aus Solidarität ebenfalls einen Hungerstreik. Zur Unterstützung der Flüchtlinge gab es in Hamburg auch eine Demonstration mit ca. 300 Menschen.

Nach Beendigung des Hungerstreiks sind die beteiligten Flüchtlinge einzeln oder zu zweit in andere Unterkünfte verlegt worden. Sie haben angekündigt, sich trotzdem weiter zu treffen und den Kampf weiterzuführen. — (fr)

HAMBURG

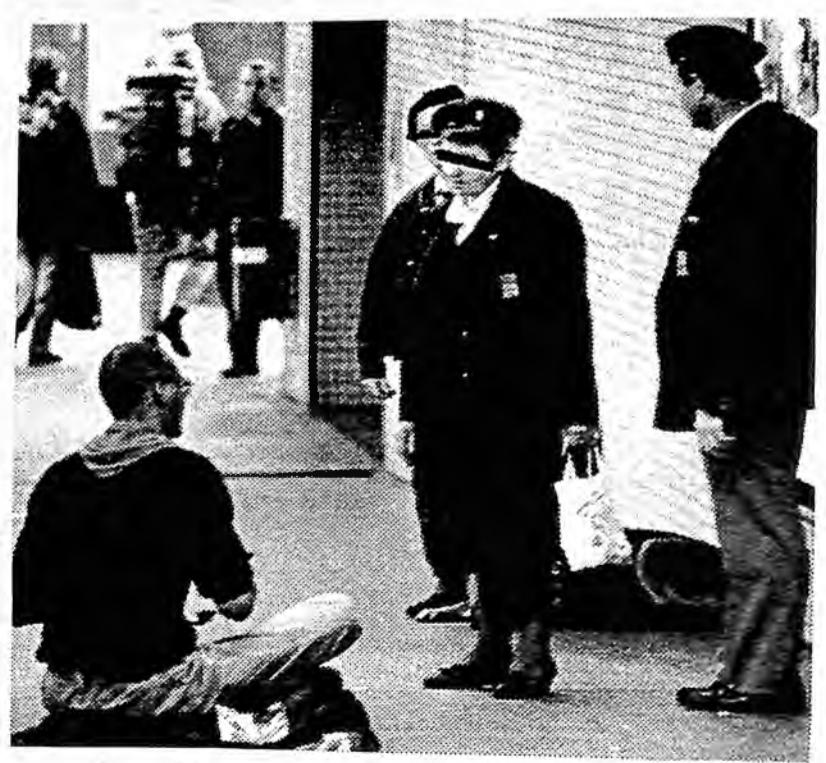
Voscherau: Hetze gegen Ausländer

In der Dezemberausgabe des Handelskammer-Organs *Hamburger Wirtschaft* ist die Titelstory unter der Überschrift „Alles andere als idyllisch“ Wilhelmsburg gewidmet.

Darin heißt es u.a.: „... der Ausländeranteil in Wilhelmsburg ist doppelt so hoch wie in anderen Gebieten Hamburgs ... Auch manche Türken fühlen sich inzwischen als ‚Wilhelmsburger‘. Doch macht vielen ihre orientalische Mentalität, Kultur und islamische Religion eine wirkliche Integration fast unmöglich. Durch das mangelnde gegenseitige Verständnis und das Übergewicht der Türken in vielen Wohngegenden sind deshalb viele Wilhelmsburger verunsichert und verlassen dieses Wohngebiet. Auch Wilhelmsburg beherbergt bereits ein Containerdorf für Asylsuchende. Darüber hinaus gibt es in diesem Stadtteil eine größere Zigeunersiedlung, deren Bewohner ausnahmslos Sozialhilfe beziehen. Zu der ... Überfremdung kommt Wilhelmsburg laufend soziale Problemfälle zugewiesen ...“

Henning Voscherau hat noch immer ein offenes Ohr für die Sorgen „der Wirtschaft“ gehabt, schließlich berät er sich ja wöchentlich mit der Handelskammer

den Jahres ihre Ausbildung beenden, werden 65 (2/3) nicht übernommen. Der Verlust erworbener Qualifikation bei der sich rasch verändernden Technik, sowie Langzeitarbeits- und Perspektivlosigkeit sei für viele die Folge. Die Tendenz „nach der Lehre Leere“ darf sich nicht durchsetzen, denn gerade in schlechten Zeiten brauchen Jugendliche Perspektiven. Ihre Forderungen richten sich an die betrieblichen und politischen Verantwortlichen, um mit ihnen gemeinsam ein qualitatives und quantitatives Konzept zur Ausbildungs-, Übernahme- und Beschäftigungssituation zu



Köln. Zwölf JungsozialistInnen und Jungsozialisten haben im Tunnel am Neumarkt binnn zwei Stunden etwa 600 Unterschriften gesammelt, mit denen die Kölner Verkehrsbetriebe aufgefordert werden, in der kalten Jahreszeit die U-Bahnstrecken wieder für Obdachlose zu öffnen. Das Interesse an der Unterschriftensammlung war sehr groß, viele Leute freuten sich über diese Initiative. Seit dem Sommer hat die KVB den Aufenthalt von Obdachlosen in den U-Bahnhöfen verboten und setzt einen eigenen Wachdienst ein, der mit Hunden durch die U-Bahnhöfe patrouilliert. Bilddokument: *Stadtrevue Köln*. — (ulf)

mer. So äußerte er dann in der *Bildzeitung*: „Wenn sie zum Beispiel in einem Stadtteil 50 Prozent und mehr Ausländer haben, muß es möglich sein, zu sagen, jetzt ist Schluss. Ich sage nicht, das Boot ist voll. Aber in Wilhelmsburg ist es voll“, und forderte „kommunale Instrumente zur Steuerung der Binnenwanderung“ wie etwa eine „Zuzugssperre z. B. für Ausländer. Prompt stellte die faschistische „Nationale Liste“ fest, Voscherau habe ihre Wahlkampfforderungen übernommen, und auch die Reps sahen sich „in ihrer Ausländerpolitik durch den Bürgermeister bestätigt“. Regierungspartner Markus Wegner von der Statt-Partei hält Voscheraus Forderungen „im Ansatz für richtig“: „Wir brauchen eine handhabbare Zuwanderungs-Regelung, und wir müssen die Einwanderung in die Städte leicht steuern.“ (HA, 15.12.) Aus der SPD, der GAL, von der nordelbischen Kirche und der Ausländer-Beauftragten der Bundesregierung wurde Voscherau kritisiert. Die „notwendigen Klarstellungen über meine Einstellung“, zu denen sich Voscherau gezwungen sah, lohnt es sich zu betrachten: Er begründet die Notwendigkeit der besseren Steuerungsmöglichkeit der Binnenwanderung, keineswegs isoliert auf Ausländer, wobei er darauf hinweist, daß das Grundrecht der Freizügigkeit nach Art. 11 des Grundgesetzes „sich bekanntlich überhaupt nicht auf Ausländer, sondern auf deutsche Staatsbürger“ beziehe. (HA, 18.12.) Er will die soziale Misere weiter mit staatlichen Zwangsmaßnahmen gegen die Armen „bekämpfen“. Als rechtlosester Teil sind die Ausländer dabei erster Angriffspunkt, und Voscherau lotet aus, wer eine solche Politik mittragen würde. Der aus der Türkei stammende Hüseyin Yavuz ist von seinem Posten im Landesvorstand der SPD zurückgetreten. „Der seit langem zu beobachtende Rechtsruck hält an“, stellte er fest. Die Äußerungen Voscheraus seien „keinesfalls Ausrutscher oder Unaufmerksamkeit des ersten Bürgermeisters ...“, sondern wohlüberlegt im Zusammenhang mit den anstehenden Wahlen im nächsten Jahr.“ Im Kooperationsvertrag mit der STATT-Partei seien die Ausländer förmlich fallen gelassen worden. (HA, 18.12.) In seiner Ansprache zum Jahresabschluß der Handelskammer lobte Präsident Asche Voscherau und sein Bündnis mit der STATT-Partei ausdrücklich. — (ulf)

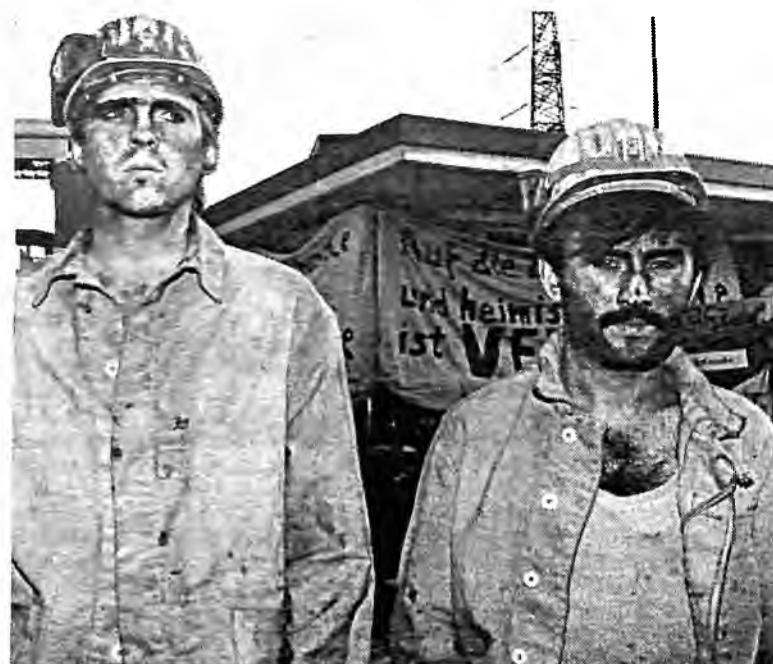


Foto: af/mz

Recklinghausen

Tarifabschluß Bergbau

Die Tarifverhandlungen für den Steinkohlenbergbau wurden vor Weihnachten abgeschlossen.

Für die Jahre 1994 und 1995 wurden 30 zusätzliche Freischichten vereinbart, die in Blöcken von mindestens einer Woche Länge genommen werden sollen, also keine Vier-Tage-Arbeitswoche. Dafür wird die schon durch Freischichtenregelung aufgeschobene Lohnerhöhung von 3 % für September 1994 nicht gezahlt und seit 1.1.1994 werden alle Löhne, Gehälter, Ausbildungsvergütungen, Jahresleistung und Nachschichtzulage um 6 % gekürzt. Ein Teil der verminderten Jahresleistung wird auf die zwölf Monate mit je 110 DM verteilt, so daß das Weihnachtsgeld ungefähr nur noch 60 % des vorherigen ausmacht. Ein monatlicher zusätzlicher Ausgleich wurde für die unteren Lohngruppen 2 bis 6 vereinbart.

Durch dieses Paket soll die Entlassung von 10000 Bergleuten verhindert werden. Die Übernahme aller Lehrlinge ist vereinbart worden, und eine Einkommenserhöhung kann eventuell ab September verhandelt werden.

Die Entlassungsdrohung hat ausgereicht, daß die IG Bergbau die Kumpel in die gewünschte Richtung zwingen konnte. Mit deutlichen Einkommensverlusten erkauften sich die Bergleute eine Gnadenfrist vor den Entlassungen. Dazu kommen die staatlichen Eingriffe, die ab Januar spürbar werden, und die sich für die betroffenen Kollegen zu weit höheren Einbußen aufsummieren.

Tatsache ist, daß kein Arbeitsplatz gerettet wird, die Vernichtung wird gestreckt. Viele Kollegen sind sauer, insbesondere nach der gescheiterten Aktion vom 11. November. Viele werden sich noch einmal beruhigen lassen, daß es nicht so schlimm gekommen ist. Dem Widerstand ist die Spitze genommen worden und das Unternehmen stellt sich langsam aber sicher auf die Zeit nach der Kohle ein. Wer will da noch die Bergleute auf „die Zeit nach Kohl“ vertrösten wollen? — (A.R.)

erarbeiten. Eine gesetzliche Regelung zur Ausbildung im Wege einer Umlagerungsfinanzierung (wer nicht ausbildet, soll zahlen) wird ebenso gefordert wie die unbefristete Übernahme für alle! Als ersten Schritt dorthin fordern sie eine tarifvertraglich festgelegte Übernahmegarantie für mindestens 6 Monate, möglichst im erlernten Beruf. — (webra)

Eltern von Wolfgang Grams erzwingen Akteneinsicht

Schwerin. Das Landgericht Schwerin hat jetzt angeordnet, den Anwälten der Eltern des in Bad Kleinen erschossenen Wolfgang Grams Akteneinsicht zu gewähren. Die Staatsanwaltschaft hatte die Akteneinsicht monatelang verweigert mit der Begründung, dies gefährde den Untersuchungszweck. Wie sich jetzt herausstellte, hatte auch das Bundesinnenministerium direkten Einfluß auf das Verfahren genommen und die Gefährdung schutzwürdiger Belange sämtlicher in Bad Kleinen eingesetzter Beamter geltend gemacht. Die späte und nur auf dem Gerichtswege erzwungene Akteneinsicht verschlechtert die Bedingungen für die Eltern des getöteten Grams, Rechtsmittel gegen die von der Staatsanwaltschaft bereits angekündigte Einstellung des Verfahrens gegen zwei GSG-9-Beamte einzulegen.

— (scc nach einer Pressemitteilung der Anwälte)

Banken: HBV fordert 270 Mark mehr!

Hamburg. Für die Bankangestellten in Westdeutschland hat die HBV eine Festgelderhöhung von 270 DM ab dem 1.2.1994 gefordert. (Dies entspricht guten 5 % für die mittleren Tarifgruppen.) In den ersten Veröffentlichungen wird die Berechtigung der Forderung vor allem aus der „guten Ertragslage“ der Banken hergeleitet. Abgesehen davon, daß die Arbeitgeberverbände anderer Branchen die „schlechte Ertragslage“ als Begründung für massiven Lohnraub nutzen, sollte die HBV ihre Forderungen eher aus der Entwicklung der Lebenshaltungskosten, der Steigerung der Sozial-

abgaben und Steuern etc. begründen. So kann auch die Unterstützung anderer Branchen und Bevölkerungsgruppen angestrebt werden, ohne die an eine Durchsetzung der 270-DM-Forderung nicht zu denken ist. — (res)

Proteste gegen „verrufene Orte“

Erlangen. Als „verrufene Orte“ hatte die Erlanger Polizei sieben Asylbewerberheime bezeichnet, um dort vier Wochen lang rund um die Uhr Sonderkontrollen durchführen zu können. Laut Vollzugsbekanntmachung zum Polizeiaufgaben-gesetz dürfen die Beamten „verrufene Orte“ auch ohne richterlichen Durchsuchungsbefehl betreten und dort ohne konkreten Anlaß Personenkontrollen vornehmen. „Der Begriff „verrufener Ort“ ist eine Negativkennzeichnung und führt zu einer Kriminalisierung von Asylbewerbern“, kritisierte ein Sprecher der „Antirassistischen Aktion“. In einer öffentlichen Plakataktion bezichtigten sich über 20 Erlanger Bürgerzentren, Läden, Gaststätten und Büros als „verrufene Orte“, um damit gegen die Ausgrenzung von Asylbewerbern zu protestieren. Inzwischen wurde der „Sonderstatus“ laut Polizei wieder aufgehoben. (SZ, 27.12.93 — baf)

Behinderte noch willkommen?

Amrum. Diese Nordsee-Insel ist — anders als Sylt — bisher geprägt gewesen von einer besonders familien- und kinderfreundlichen Herzlichkeit der Feriengäste beherbergenden Insulaner. Auch Behinderte konnten sich willkommen fühlen. Sie sind bei einem entsprechenden Grad ihrer Behinderung von den Kurabgaben befreit. Die Kurverwaltung Wittidün auf Amrum meint nun wohl mehr im Trend zu liegen, wenn sie jetzt unter dem Stichwort „aus Gründen der Kostenersparnis“ die Vermieter zu folgendem Verhalten auffordert: „Bitte! Ihre Gast mit der Gaskarte und dem gültigen Behindertenausweis zur Kurverwaltung Wittidün. Die Prüfung durch

die Kurverwaltung Wittidün muß erfolgen, da andernfalls die Befreiung von der Kurabgabe nicht anerkannt wird.“

Viele VermieterInnen fühlen sich durch diese Aufforderung der Kurverwaltung angegriffen. In einem Protestbrief dazu heißt es: „Es handelt sich eher um ein „Disziplinierungspapier“, in dem den Vermietern von Wittidün das Mißtrauen der Kurverwaltung Wittidün ausgesprochen wird ... Ich wehre mich entschieden dagegen, meine schwerstbehinderten Gäste demnächst der Kurverwaltung vorführen zu lassen, weil ihnen sonst nicht geglaubt wird! Ich werde nicht zu meinen langjährig behinderten Gästen sagen: „Ihr Ausweis gilt nicht mehr bei mir. Sie müssen jetzt Ihre Behinderung bei der Kurverwaltung vorzeigen“ ... Diese abgeförderte Ausweisprüfung paßt sicher in unseren sich neu entwickelnden „Rechts-Staat“. Ich werde mich aber auch in Zukunft nicht an der Demütigung und Diskriminierung Behindelter beteiligen!“ — (hel)

Postler streiken für Ihre Arbeitsplätze

Stuttgart. Über eine Million Mark vergeudete vor Weihnachten der Postdienst-Vorstand für riesige Anzeigen, um die Bevölkerung gegen die Beschäftigten der „gelben“ Post aufzuhetzen, die um die Sicherung ihrer Arbeitsplätze kämpfen. Am 20. Dezember in der Spätschicht und am 21. legten in den Briefabgangsstellen von Stuttgart, Göppingen, Heilbronn, Tübingen und Ulm mehr als 800 Leute spontan die Arbeit nieder. Bundesweit beteiligten sich 11000 an dem Ausstand. Seit einem Jahr laufen die Tarifverhandlungen über die Umstrukturierung der Post ergebnislos. Die Deutsche Postgewerkschaft ist bereit, diese Neuordnung mitzutragen — sie verlangt aber, daß die Versprechungen der Postdienst-Manager und des Ministeriums, daß keine Entlassungen stattfinden sollen, in Vertragsform und damit einklagbar festgehalten werden. Es geht immerhin bundesweit um 60000 Beschäftigte und in Stuttgart um ca. 4000. — (ulk)

Haushalt 1994 in Norderstedt

„Bund und Land kassieren rabiat ab!“

Bericht über eine Stadt in Schleswig-Holstein

Norderstedt ist mit 70344 Einwohnern die fünftgrößte Stadt Schleswig-Holsteins. Gegründet wurde Norderstedt erst im Jahre 1970. Gelegen unmittelbar im Norden Hamburgs, wurden damals vier dicht beieinander liegende und zum Teil bereits ineinander übergehende Gemeinden aus den Kreisen Pinneberg und Stormarn herausgelöst und dem Kreis Segeberg zugeschlagen. Ziel dieser Maßnahme war es, vier Industriegebiete unter den Bedingungen der damaligen Zonenrandförderung, die durch die geographische Lage des Kreises Segeberg gegeben waren, zu entwickeln.

Diese Rechnung ist weitgehend aufgegangen. Gerne haben die „Väter“ dieses künstlichen Gebildes in den Gründerjahren Norderstedt durchaus wohlgefällig „Goldgräberstadt“ wegen so manch gelungenen lukrativer Ansiedlungs-, Grundstücks- und Baugeschäfte genannt: Große Firmen wie Grace, Ethicon oder Jungheinrich haben sich hier angesiedelt.

Aber selbst diese reiche und „junge aufstrebende Stadt“ ist nun beim Haushalt 1994 kalt vom allgemeinen kommunalpolitischen Trend erwischt worden:

„Wir stehen kurz vor dem finanziell-politischen Abgrund“, so der Bürgermeister. Durch Einsatz aller Ersparnisse von 17 Mio. DM und mit Hilfe von Krediten in Höhe von 6,9 Mio. DM wurde der 267-Millionen Haushalt gerade noch ausgeglichen auf die Beine gebracht. Er sieht nun 216 Mio. DM im Verwaltungsbudget 51,7 Mio. DM im Vermögenshaushalt vor. Aber das war nur möglich durch drastische Kürzungen innerhalb beider Haushalte: Der Verwaltungshaushalt wurde gegenüber 1993 um 8,86 %, der Vermögenshaushalt um 10,4 % gestrichen.

Die Gründe für diese Situation wurden in der Haushaltsdebatte der Stadtvertretung in der Woche vor Weihnachten deutlich. Bürgermeister Dr. Petri: „Bund und Land kassieren rabiat ab“. Und: „Im Grundgesetz Artikel 28 ist das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden festgelegt“, so der SPD-Finanzausschußvorsitzende zu Beginn seiner Rede, „diese finanziellen

Eingriffe heben das Selbstverwaltungsrecht aus!“ In Zahlen bedeutet das: Nach Anhebung der Gewerbesteuersumme und Änderung des Finanzausgleichsgesetzes muß Norderstedt in 1994 rund 8,5 Millionen, 1995 bereits 14 Millionen nach Bonn und Kiel überweisen. Der Handlungsspielraum der Kommunalpolitik wird dadurch extrem eingeschränkt. Um so deutlicher brechen dann um den Rest des Haushaltskuchens die Verteilungskämpfe aus. SPD und Grüne setzen mit ihrer Mehrheit in der Stadtvertretung mit diesem Etat folgende Investitionen durch:

- * 11,9 Millionen in die U-Bahnverlängerung von Garstedt nach Norderstedt Mitte,
- * 7 Millionen für die Grundschule Pellwormstraße,
- * 6,5 Millionen für die Integrierte Gesamtschule,
- * 1,5 Millionen Zuschuß für den Bau zweier kirchlicher Kindergärten,
- * 2,3 Millionen für den Bau von 88 Sozialwohnungen,
- * 4,7 Millionen zur Stärkung des Eigenkapitals der Norderstedter Stadtwerke,
- * 7,58 Millionen für die Tilgung von Krediten.

Eine halbwegs realistische Bewertung dieses Haushaltes ist erst möglich, wenn man betrachtet, gegen welche reaktionären Ziele er durchzusetzen war. So genügte es der CDU nicht, daß zum Beispiel keine einzige neue Stelle im Personalbereich geschaffen werden darf. Die CDU forderte mehr: Den Vermerk „K.W.“ (keine Wiedereinstellung) bei allen 250 Reinigungskräften: „Wir soll-

ten die Chance nutzen und ein Zeichen setzen!“ verlangte sie. Und offen zynisch in einem Zwischenruf: „Es handelt sich hier ja nur um Stellen, nicht um Menschen — es wird ja keine entlassen.“

SPD und Grüne verstanden dies ganz richtig als einen erneuten Versuch, in die Privatisierung von Teilbereichen der Stadtverwaltung einzusteigen. Nun ist dies so allerdings bereits als Konzept einmütig von der Stadtvertretung entsprechend dem sogenannten „Konzernmodell Stadt“ verabschiedet worden. Der Bürgermeister hatte aber im Augenblick wenig Lust, sich mit der ÖTV-Betriebsgruppe des Rathauses anzulegen: „Wir sollten damit nicht gerade bei den untersten Lohngruppen anfangen ...“ meinte der in Richtung CDU. Gestrichen wurde im Personalhaushalt dennoch: Er wurde, wenn auch um „nur“ 75000 DM auf 69,5 Millionen Mark gekürzt. Weiter erhob die CDU die Forderung, die dann auch mit dieser Begründung den Gesamthaushalt ablehnte, nach dem weiteren Ausbau der Kultursäle im neuen Rathauskomplex in Norderstedt Mitte. Der Finanzausschuß hat

Wissenswertes zum Stadthaushalt

Was kann mensch mit einem Haushaltspol anfangen? Der Haushaltspol ist — sofern mensch ihn zu lesen versteht, das Programm der Stadt, mit dem sie erklärt, wie die Angelegenheiten im Bereich der Stadt zu regeln sind.

Woraus besteht ein Haushaltspol? Dieser hat aufgrund der gesetzlichen Vorgaben (Gemeindeordnung und Gemeindehaushaltverordnung) folgende Bestandteile: 1. den Gesamtplan (Übersicht), 2. die Einzelpläne des Verwaltungshaushaltes (laufende Ausgaben und Einnahmen, Ersatz- und Ergänzungsaufwendungen bis 800 DM) und des Vermögenshaushaltes, 3. die Sammelnachweise (z.B. für Personalausgaben), 4. den Stellenplan (Grundlage für die Bezahlung und Einstellungen der MitarbeiterInnen). Außerdem ist dem Haushaltspol ein Vorbericht (Überblick und Stand der Entwicklung der Haushaltswirtschaft), ein Finanzplan und ein Investitionsprogramm für das laufende und die kommenden Haushaltjahre sowie eine Übersicht über den Stand der Schulden und der Rücklagen und die Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe und -gesellschaften beizufügen.

te in der Haushaltsdebatte dazu erklärt, daß durch den augenblicklichen Verzicht auf den Weiterbau der Kultursäle mit städtischen Geldern 19 Mio. Mark eingespart werden konnten. „Erst dadurch bekommen wir Luft, um wesentliche Akzente bei der Schaffung neuer Kindergartenplätze, im sozialen Wohnungsbau und beim Schulbau zu setzen.“

Nun muß die Leserin und der Leser dabei wissen, daß diese eine Gesamtschule der Rest von vier bei den zurückliegenden Wahlen von der SPD hoch und heilig versprochenen Gesamtschulprojekten ist. Und nach fünfjährigem Krach um Kindergartenplätze und Gebühren wagt es so kurz von den Kommunalwahlen im März die SPD nicht, es sich noch mehr mit den Eltern zu verderben. Die CDU wollte stattdessen die Verpflichtungsermächtigung für den Bau auch dieser Gesamtschule in Höhe von 9,5 Millionen Mark streichen und weitere vier Millionen Mark Schulden aufnehmen.

SPD und Grüne wiesen diese Anträge mit dem Hinweis darauf zurück, daß mit Stand 31.12.1992 die Stadt Norderstedt einen Schuldenstand von 97,3 Millionen Mark habe; das entspräche einer Pro-Kopf-Verschuldung von 1390 DM pro Einwohner.

Aber auch die Grünen ertrötzten sich von der SPD etwas für ihre Zustimmung zu diesem Haushalt: Für eine Million Mark wird es einen neuen Radweg geben, und 130000 DM Planungskosten wurden gestrichen für die Verlängerung einer Wohnstraße, die Zubringer zur Autobahn werden soll. — (hel)

Kurz berichtet**Olympia-Bewerbung:
Abrechnung angemahnt**

Während sich CDU-Mitglied und Geschäftsführer der Olympia-GmbH Axel Nawrocki bereits einen neuen lukrativen Job (seine Gehaltsvorstellungen beginnen bei 30000 DM/Monat aufwärts) bei der S-Bahn besorgt hat (oder besorgen ließ), gibt es noch keine Endabrechnung über die Kosten der Olympia-Bewerbung. Die PDS-Fraktion hat deshalb folgenden Antrag dem Berliner Abgeordnetenhaus vorgelegt: „Der Senat wird aufgefordert, bis zum 31. Januar 1994 die gesamten Kosten der Berliner Olympiabewerbung aufgeschlüsselt darzustellen, einschließlich derjenigen, die für Sofortbaumaßnahmen, Gutachtertätigkeit und andere Maßnahmen außerhalb der Zuweisung an die Olympia-GmbH im Zusammenhang mit der Olympiabewerbung angefallen sind, inklusive absehbarer Folgekosten aus vertraglichen Verpflichtungen.“ In der Begründung wird darauf verwiesen, daß der Regierende Bürgermeister mehrfach eine sofortige Abrechnung über die Bewerbungskosten nach dem 23.9.93 versprochen habe, diese aber noch immer nicht vorliege. Zum 31.12.93 wurde die Olympia-GmbH aufgelöst.

Quelle: Landespressedienst, 23.12.93 — (har)

Forschung halbiert, aber „Erneuerung erfolgreich“

So lautet die zynisch anmutende Einschätzung des Bundesministers für Forschung und Technologie, Paul Krüger, anlässlich einer Tagung der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung. Von den ursprünglich etwa 26000 Beschäftigten bei den Wissenschaftsakademien der DDR sind heute gerade noch 13000 in außeruniversitären Forschungseinrichtungen tätig. In der Industrieforschung beträgt der Rückgang gar 75 %, von 80000 auf 20000. Die arbeitslos gewordenen Wissenschaftler versuchen verzweifelt, ihre Forschungsprojekte fortzuführen zu können. Unterbrechungen bedeuten oftmals die Vernichtung von Forschungsergebnissen. Mit verschiedensten Programmen und Fördermaßnahmen hängeln sie sich von Zeitvertrag zu Zeitvertrag oder arbeiten gar umsonst. In Berlin werden gegenwärtig beispielsweise 2445 ehemalige Akademieangehörige über ABM und nach § 249 h AFG beschäftigt. Nach dem 31.12.93 stehen die meisten vor dem Aus. 200 Wissenschaftler sollen über ein Förderprogramm „Forschungsassistent“ in Klein- und Mittelunternehmen für 3 Jahre vermittelt werden, finanziert aus dem Europäischen Topf. Nur: der Antrag ist noch nicht gestellt. Andere sollen sich „privatwirtschaftlich ausgründen“. In den Jahren 1992 und 1993 gab es 21 solcher Ausgründungen. Im Ergebnis brachten sie 595 Arbeitsplätze. „Erfolgreich“ an der ostdeutschen Forschung ist nur die weitere Deregulierung der Arbeitsverhältnisse. — (har)

**Bischofferode ist zu Ende:
Kompromiß erreicht**

„In Bischofferode wird ab 1. Januar 1994 kein Kali mehr produziert! Eine Region wird wirtschaftlich sterben. Siegeln haben Konzerninteressen über wirtschaftliche und soziale Vernunft. Gegen Bundesregierung, Treuhändern, BASF, die Leitung der IG Bergbau und Energie, den eigenen Vorstand der MdK und die Landesregierung waren wir nicht stark genug. Aber wir haben gekämpft und viel Solidarität erfahren. Dieser Kampf war nicht umsonst, denn wir haben nicht nur viel gelernt, sondern für die Kollegen und Kollegen haben wir mehr erreicht, als ihnen zugebilligt werden sollte, an Arbeitsplatzzusagen und Sozialabfindungen. Und die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft wissen nun, so leicht lassen wir uns die Arbeit nicht nehmen, wir sind keine willkürige Masse. Menschen, denen Unrecht geschieht, werden sich auch in Zukunft wehren. Lernen müssen Politiker. An ihren Taten werden wir sie messen.“ (Presseerklärung des Betriebsratsvorsitzenden des Kaliwerks „Thomas Müntzer“ in Bischofferode, Heiner Brodhun, vom 31.12.1993)

Am 30.12.1993 fand im Kaliwerk in Bischofferode die letzte Belegschaftversammlung statt. Die Menschen hatten sich — das Ergebnis vorausahnend — still und friedlich vor dem geschlossenen Werkstor versammelt. Niemand hält sie mehr auf, als sie in das Kantinengebäude eintreten und auf den Beginn der Verkündung des Ergebnisses warten, das zwischen Treuhand und Kali/Salz einerseits und Betriebsrat andererseits nach 13-monatigem Arbeitskampf ausgehandelt wurde.

Die Belegschaftsversammlung war nur noch der Ort der Verkündung des Kompromisses. Der Betriebsrat hatte zusagen müssen, keine Abstimmung während der Versammlung vorzunehmen. „Mehr wäre nicht rauszuholen gewesen“ — wurde schließlich kommentiert. Damit Bischofferode nicht überall ist, kam es zu diesem Kompromiß und mußte der Widerstand gebrochen werden.

Alle 689 Bergleute werden entweder von der treuhändigen Gesellschaft zur Verwahrung und Verwertung stillgelegter Bergwerke (GVV) oder aber einer neu zu gründenden Arbeitsbeschaffungsgesellschaft übernommen. Die letztere soll nur einen Monat existieren, so daß jeder, der für sie arbeiten wird, sich entscheiden muß, ob er zur GVV überwechselt oder mit einer Abfindung endgültig aus dem Arbeitsprozeß ausscheidet. Die Höhe der Abfindung bewegt sich je nach Betriebszugehörigkeit zwischen 5000 und 28000 DM.

Viele Fragen blieben offen, aber es regte sich kein Widerspruch mehr. Um viele Erfahrungen reicher verließ die Kumpel das Werk. Es wird keine Produktion mehr bringen. Konzerninteressen haben gesiegt. In der konservativ-katholischen Region Eichsfeld wurde der letzte Schacht geschlossen.

Quelle: PID der PDS, Nr. 1/94 — (abe)

Neue Gedenktafeln durchsetzen!**Mahnveranstaltungen vor dem Hotel Kempinski auf dem Kurfürstendamm**

Im Dezember begannen in Berlin allwöchentliche Aktionen vor dem „Bristol Hotel Kempinski“ (Kurfürstendamm/Fasanenstraße). Die Hinterbliebenen der jüdischen Familie Kempinski und unterstützende Antifaschisten protestieren damit gegen das Verhalten des Hotelkonzerns und des Berliner Senats. Diese lehnen es bisher ab, wahrheitsgetreue Gedenktafeln an den Hotels bzw. in deren Nähe anzubringen.

Angesichts dessen, daß die Hotels (wieder) den Namen der jüdischen Familie tragen, soll erinnert werden: 1937 — die „M. Kempinski & Co.“ wird „arisirt“. Die Eigentümer werden verjagt oder vergast. Unter dem Direktor, NSDAP-Mitglied Spethmann, leisteten Jüdinnen Zwangsarbeit bis zur Deportation ins Gas.

1953: Derselbe Spethmann arrangiert die Übernahme der Kempinski-Reste durch die schwerst NS-belastete „Hotelbetriebs AG“.

1977: Der Hotelkonzern schlüpft unter den jüdischen Namen und firmiert seitdem als „Kempinski AG“. Noch

heute leuchtet von dem Gebäude das „arisirte Signet“ auf den Kurfürstendamm herab. Statt eines herabhängenden Sterns an dem „K-Turm“ (das ursprüngliche Familien-Zeichen) prangt eine „Hitlertraube“.

Mit einem Schreiben vom 17.9.1993 versuchte der Kempinski-Konzern langwierige Verhandlungen (ohne Ergebnis) für beendet zu erklären: „Wir können es allerdings nicht akzeptieren, daß Sie unsere Gesellschaft in der Form von unsachlichen und falschen Anschuldigungen mit diesen Vorgängen in Verbindung bringen, wie dies wiederholt in der Presse, zuletzt im *Neuen Deutschland* vom 31. August 1993 (siehe unten, d. Red.), geschehen ist. Dies ist keine Grundlage für eine weitere Erörterung Ihres Anliegens. Wir betrachten dementsprechend den Vorgang als abgeschlossen.“

Auf Anfragen im Abgeordnetenhaus äußerte der Senat stets sein Interesse daran, daß an das Schicksal der Familie Kempinski erinnert werde. Die konkreten Verhandlungen mit dem Hotelkon-

zern betrachtete er aber als „privatrechtliche Angelegenheit“. Nach Scheitern der Verhandlungen lehnte er es ab, ersatzweise auf öffentlichem Straßengelände in der Nähe des Kempinski-Gebäudes Gedenktafeln zu errichten.

Als eine Art Schlussstrich möchte die Senatskanzlei einen Brief vom Dezember an den Kempinski-Verwandten Fritz Teppich verstanden wissen: „Damit es kein Vergessen der furchtbaren Verbrechen der Nationalsozialisten an der jüdischen Bevölkerung geben wird, ist die Schaffung einer würdigen Gedenkstätte in Berlin geplant — und zwar an herausragender zentraler Stelle ... Das mahnende Gedenken wird das individuelle Schicksal der Familie Kempinski einschließen.“ Die Träger der Aktionen wollen nicht zulassen, daß Opfer und Täter anonymisiert werden. Motive für Menschenverachtung, Rassismus und Nationalismus müssen verfolgbar bleiben. Das behält seine Wichtigkeit für heute. Daher werden die Aktionen ab 8. Januar (19.00 Uhr) vor dem Hotel Kempinski fortgesetzt. — (ard)

1. Die „Hotelbetriebs AG“ hatte Hitler bereits zu Weimarer Zeiten herausragend gefördert, hatte ihm u.a. sein Politisches Hauptquartier Berlin in ihrem „Hotel Kaiserhof“ eingeräumt

2. Ihr seinerzeitiges Vorstandsmitglied Paul Spethmann, NSDAP-Mitglied, wurde ab 1937 Hauptprotagonist der nacholympisch einsetzenden Kempinski-„Entjudung“. So wurde er Chef der rasserenie „Kempinski GmbH“. Schon 1938 wurden dorthin Jüdinnen als billige Arbeitskräfte zwangsvermittelt, in den 40er Jahren dann Jüdinnen zu Zwangsarbeit gezwungen. Ab Arbeitsplatz Deportation in VernichtungskZs war meist ihr Ende, wie kürzlich im Auftrag der „Historischen Kommission zu Berlin“ ermittelt wurde.

3. Auch über 900 ausländische Zwangsarbeiter vieler Nationalitäten wurden unter Spethmann ausgebaut. Zum Firmen-Instrumentarium gehörten „Uniformierte Werkscharen“ und ein eigenes Betriebslager.

4. Dieser Spethmann setzte sich bald nach Kriegsende von Ost- nach Westdeutschland ab und machte dort weiter Karriere. Dann wurde er von der „Hotelbetriebs AG“ zu deren Vorstands-

vorsitzendem berufen mit dem Zweck, dem Konzern den Nachkriegs-Zugriff zu dem von ihm zuvor „arisirt“ geführten Kempinski zu sichern. . . .

5. Für das so vor und nach dem Krieg Geraubte haben die Erben des 1940 im

mehr diese noch mit einer Banderole umgürtet mit der wahrheitswidrigen Aufschrift „1897-1987 Kempinski Hotels“. In Wirklichkeit war 1897 die „Hotelbetriebs AG“ gegründet worden, die Weinhandels- und Restaurantfirma Kempinski schon ein Vierteljahrhundert davor.

7. Schlimmer noch: In jener Pseudochronik wurde das Jahr 1942 der fürchterlichen Wannsee-Judenmordkonferenz, deren Opfer auch Kempinski-Angehörige und zur Zwangsarbeit gezwungene Jüdinnen wurden, als soziales Erfolgsjahr hingestellt. Weder der Berliner Senat, noch die Bundesregierung (sie ist über „Lufthansa“ Miteigentümerin des Hotelkonzerns) sind gegen solche Totenverhöhnung eingetreten.

8. Erst kürzlich, am 21. Januar 1993, wurde diese rechtskonservative Traditionslinie fortgesetzt: Vorstandsmitglied Walterspiel drohte in Anwesenheit des Zeugen Pfarrer Dr. D. Schirmer dem Familienvertreter Fritz Teppich mit Abbruch eines mühsam erstrittenen Gesprächs über Gedenktafeln für die Ermordeten und Beraubten im „arischen“ Kempinski, falls dieser weiter an die Vergangenheit erinnern würde ... Vollständig im *Neuen Deutschland*, 31.8.93.

**Erklärung
der Familie
Kempinski**

Exil gestorbenen Hans Kempinski keinerlei Wiedergutmachung erhalten.

6. Der NS-belastete Hotelkonzern hat nach Überstülpen des jüdischen Namens nicht nur irreführend eine „Chronik der Kempinski AG“ betitelt die Eigengeschichte zum 750. Berlin-Jubiläum 1987 herausgegeben, viel-

Verhaftungen wegen Neonazi-Tod**Berlin: 14 türkische und kurdische Immigranten verhaftet**

Ende November versuchte die Staatsanwaltschaft, 14 türkische und kurdische Immigranten zu verhaften und wegen gemeinschaftlichen Mordes, Mordversuchs und Körperverletzung anzuklagen.

Die Vorwürfe bezogen sich auf den Tod von G. Kaindl und die Verletzung T. Thalers am 4. April 1992 vor einem China-Restaurant in Berlin. Die Funktionäre der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ waren dort von sechs bis acht Vermummten in ein Handgemenge verwickelt worden, in dessen Verlauf G. Kaindl erstochen wurde.

Hintergrund für die Schärfe der Auseinandersetzung war sicherlich, daß damals die Neonazis die Pogromwelle organisierten, die inzwischen zahlreichen Menschen in Deutschland — meist Ausländer — das Leben gekostet hat. Die mutmaßlichen Attentäter von Solingen z.B. trainierten in der Kampfsportschule des Liga-Mitglieds Bernd Schmitt, der auch eine Saalschutztruppe leitet. Kaindl war Schatzmeister der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ und Mitglied in dem berüchtigten Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerk, das der Koordination des rechtsextremistischen und faschistischen Spektrums dient. Diese Institution hat inzwischen einen „Förderkreis Gerhard Kaindl“

gegründet — Mitglieder u.a. Prof. K. Motschmann und Landesschulrat a.D. H. Barth — der sich offensichtlich als Teil der Anti-Antifa zu betätigen gedacht.

Mit ihrem Vorgehen will die Polizei den Mitgliedern der inzwischen aufgelösten türkisch-kurdischen „Antifaschist Genclik“ den Tod Kaindls kollektiv anhängen. Inzwischen hat sie vier Personen verhaftet, ein Beschuldigter hat sich gestellt, weitere neun werden noch gesucht. Die Polizei geht äußerst hart vor. Zahlreiche Hausdurchsuchungen sind durchgeführt worden. Den Eltern eines Beschuldigten ist dabei gedroht worden, ihr Sohn werde liquidiert, wenn er bei der Verhaftung Widerstand leiste (*Neues Deutschland* vom 30.11.). Auf der Kundgebung zur Freilassung der gefangenen Antifaschisten am 5.12. vor den Knästen in Moabit und Plötzensee (ca. 500 Teilnehmer) wurde bekanntgegeben, daß die 22jährige Kurdin Fatma und Mehmet von der Außenwelt isoliert werden, Einzelhofgang, keine Berührung bei Besuchen, keine Bücher, Briefe oder Zeitungen, keine Gemeinschaftsveranstaltungen, kein Umschluß. Weiter wurde auf dieser Kundgebung über den ebenfalls inhaftierten Erkan gesagt: „Wir wissen mittlerweile, daß Erkan derjenige ist, der die belastenden Aussa-

gen gemacht hat, und wir können das nicht verstehen. Bis heute wissen wir nichts darüber, wie diese Aussagen zu stande gekommen sind. Wir wissen nur, daß er verdroschen wurde, daß er im Bunker war und daß er mittlerweile in der psychiatrischen Abteilung in Tegel sitzt.“ Tatsächlich sind bereits einige beunruhigende Fakten über die Ermittlungen bekannt. So konnte die *Deutsche Rundschau*, die Parteizeitung der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“, bereits im Oktober letzten Jahres anscheinend auf Informationen aus Polizeikreisen zurückgreifend behaupten, daß sämtliche acht Täter ermittelt seien und ihnen „Namen und Anschrift der türkischen Täter“ bekannt seien. T. Thaler behauptet, daß er durch zwei Staatsschützer, die extra für ihn nach Kiel reisten, „offenbar mehr erfahren sollte, als es normalerweise bei solchen Befragungen üblich ist.“ Der Staatsschutz stellte Thaler „den Namen, das Geburtsdatum, die Wohnanschrift und sogar die PKW-Nummer“ von mindestens einem Antifaschisten zur Verfügung. (Kundgebungsrede). „Wir kriegen Euch alle“ hatte die *Deutsche Rundschau* bereits vor einem Jahr gedroht. Es sieht so aus, als ob ein Teil der Sicherheitsorgane sich zum Handlanger der Anti-Antifa machen läßt. — (chk)



Premnitz/Brandenburg. Sozusagen in letzter Minute konnten erneute Massenentlassungen bei der Märkischen Faser AG verhindert werden. Über 70 Tage lang besetzten 1992 die Beschäftigten der Märkischen Faser AG ihren Betrieb, um den neuen Besitzer aus der Schweiz (siehe Anspielung auf dem Plakat) zur Einhaltung des mit der Treuhand ausgehandelten Vertrages in bezug auf Beschäftigungsgarantien zu zwingen. Die Alcor Chemie AG verkaufte das Unternehmen inzwischen an die russische Firma Rostextorg in Moskau zum Jahresende 1993. Da der „sehr allgemein gehaltene Vertrag“ (Staatssekretär Hesse) noch nicht zum Vollzug gekommen ist, drohte 570 Beschäftigten die Kündigung. Aufgrund der Intervention der Landesregierung hat die Alcor Chemie AG vorerst auf die Entlassungen verzichtet. Sollte der Vertrag mit Rostextorg jedoch nicht bald vollzogen werden, wiederholt sich der Vorgang in 3 bis 4 Monaten. (Bild: Protestkundgebung am 2.10.92) — (har)

Rügen — ein Rückblick 1993

Heftiger Streit um Landbesitz und Naturschutz Ex-Junker versucht, Güter zurückzubekommen

Willkommen auf Rügen — Deutschlands größter Immobilie. Das Wort Insel wurde durch Immobilie ersetzt. Diese von wohl weit-sichtigen Rügenern im Frühjahr 1991 vorgenommene Veränderung auf einem überlebensgroßen Begrüßungsständen, dokumentiert auf einem Foto, ließ schon damals ahnen, welche Auseinandersetzungen um den Boden auf der Insel es noch geben würde.

Die größte deutsche Insel mit ihrer einmalig seltenen Natur, dargestellt auch in einem Film des Bayerischen Rundfunks (Autor Dieter Wieland), brachte mit der deutschen Einheit alle jene geldreichen „Wessis“ her, die hier das große Geschäft witterten.

CDU: Filz, Dienstvergehen . . .

In diese Schlacht um Macht, Einfluß und Geld muß man wohl die Richtungskämpfe innerhalb der regierenden CDU einordnen. Sie erreichten einen neuen Höhepunkt im Sommer 1993, als Umweltminister Frieder Jelen wie auch SPD, PDS und der Naturschutzbund Deutschlands den Rücktritt des Landrats von Rügen, Klaus Eckfeld, forderten, der sich arrogant und zynisch über Umweltbelange und Naturschutz auf der Insel hinwegsetzte. Neben der von ihm erzielten Genehmigung für einen Hausbau in einem Naturschutzgebiet trat er auch für gigantische Projekte auf dem Gebiet des Tourismus ein. Unregelmäßigkeiten gab es auch mit dem Bergener Gewerbegebiet Titzow sowie mit dem geplanten Verkauf von Schloß Ralswiek.

Um Eckfeld hatte sich ein schwer durchschaubarer wirtschaftlicher Filz gebildet, der schnell nach dem großen Geld strebte. Schon seit 1991 gab es Vorwürfe gegen Eckfeld wegen Rechtsbeugung und Amtsmißbrauch. Mit seinen Dienstvergehen beschäftigte sich sogar ein Untersuchungsausschuß des Kreistages Rügen.

Jelen, der Umweltminister der Regierung in Mecklenburg-Vorpommern, war vormals Pastor auf Rügen und Vorsitzender der Bürgerinitiative „Pro Rügen“ und erst im Frühjahr 1993 nach dem Rücktritt von Petra Uhlmann (Hintergrund: Der Skandal um die Mülldeponie Schönberg) in das Ministeramt gekommen, das er nur bis Ende der Wahlperiode 1994 ausüben will.

Die Querelen um Eckfeld mögen dem Betrachter widersinnig erscheinen, gehen sie doch eindeutig zu Lasten des Ansehens der CDU. Doch der Normalbürger kalkuliert einen Aspekt nicht ein: den Drang nach Macht, und dann Erhalt dieser Macht. Kann sie doch — im Geiste der Marktwirtschaft — Geld, viel Geld einbringen. Und damit wiederum mehr Macht.

Wahlkreis von Angela Merkel

Im Sommer 1993 wurde sogar der Parteiausschluß von Eckfeld gefordert. Verständlicher wird diese Forderung, wenn man weiß, daß Rügen der Wahlkreis auch von Frieder Jelen ist. Genauso wie der von Angela Merkel, die ebenfalls in diese Affäre eingeschaltet wurde. Sie allerdings als Landesvorsitzende der CDU, die sie erst nach dem Rücktritt von Skandal-Krause wurde, hat Jelen zurückgepfiffen, da „die Diskussion außerordentlich unerfreulich und schädlich sei“. Bemerkenswert, daß sie nach einem Gespräch mit Eckfeld im Sommer 1993 eine öffentliche Äußerung ablehnte. Was kommt davon evtl. 1994 ans Tageslicht?

Andererseits hat die CDU-Faktion im Kreistag Rügen sicher nicht unrecht, wenn sie erklärt, daß sich Frieder Jelen, seit er Minister ist, gegen die Kommu-

nalpolitik auf Rügen und für die Landespolitik entschieden habe. Dabei klang sein Auftreten im o. g. Film für die Interessen Rügens noch sehr überzeugend. Wie wird seine weitere Politik aussehen? Das Problem Eckfeld wurde inzwischen gelöst. Er wurde Ende September 1993 abgewählt.

Rügen erlebt seit längerem auch noch eine andere Unruhe. Franz von Putbus (64), Adliger und Sohn von Malte von Veltheim, beansprucht die Rückgabe der früheren Güter seines Vaters auf Rügen. Er steht mit seiner Forderung an der Spitze der ehemaligen Großgrundbesitzer, die rund die Hälfte der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche der Insel zurückfordern. Da er bisher nicht an die von der Bodenreform vergebenen Güter heran kann, da sie zumindest offiziell durch Einigungsvertrag und Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts festgeschrieben sind (Pläne der Bundesregierung vom Dezember 1993 zielen darauf ab, per langfristiger „Entschädigung“ auch diese Festlegungen zu untergraben), beruft sich der adelige Herr von Putbus jetzt auf die Enteignung seines Vaters durch die Nazis im KZ ermordeten Vaters. Beschwichtigend erklärte er auf einer Mittelstandstagung auf Rügen, er wolle nur einen Teil des Besitzes zurückhaben, der außerdem mit einer 25-prozentigen Vermögensabgabe belegt wurde.

Der Graf von Putbus will seine Güter zurück

Historische Fakten belegen, daß der Vater des Herrn von Putbus in erster Linie Täter war, bevor er Opfer der Nazis wurde. Er war Offizier im Ersten Weltkrieg und trat bereits Ende der 20er Jahre der NSDAP bei. Mit dem Gutsbesitzer von Altenpleen (Nähe Stralsund) bildete Veltheim einen SA-Reitersturm. Reichsbauernführer Walter Darree war einer seiner Duzfreunde, der ihm 1938 sogar mit 200000 Mark aushalf. Wie sich Einheimische erinnern, wurde mit diesem Geld u. a. im Herbst 1938 eine große Jagd veranstaltet, an der u. a. Reichsjägermeister Hermann Göring teilnahm, der oft bei denen von Veltheim zu Gast war. Bereits 1935 soll Veltheim das Gelände der Schmalen Heide in der Nähe von Prora an die Nazis abgetreten haben, die dort ein riesiges Erholungsgebiet errichteten.

Sein Ende begann, als er nicht wie zunächst von den Nazis vorgesehen, König von Kroatien wurde. Man zog den Faschisten Ante Pavelic vor, was zur Verstimmung von Veltheim und seinem sich anschließenden Ausscheiden aus der Wehrmacht führte. Nachdem er später oppositionelle Generäle und Offiziere bei sich beherbergte, wurde er nach dem 20. Juli 1944 verhaftet. Veltheim kam im Februar 1945 im KZ Sachsenhausen um.

Inzwischen hat Franz von Putbus seine Forderung nach Rückgabe von Bodenreformland zurückgezogen und verlangt „nur noch“ den Familienbesitz zurück. Seine Begründung: Jahrhunderte lang habe der Besitz nicht nur seiner Familie, sondern auch der örtlichen Bevölkerung eine sichere Lebensgrundlage gegeben. Und hier hat von Putbus viel zu bieten: Der Ursprung des Hauses reicht bis in altgermanische Zeiten zurück. Das Geschlecht derer von Putbus wird erstmals 1246 urkundlich erwähnt.

Bleibt die abschließende Frage: Wieviel zig Tausende Bauern mit ihren wahrscheinlich Millionen Familienangehörigen unterlagen im Laufe der Jahrhunderte dem besonders in Mecklenburg gängigen „Bauernlegen“ und mußten mit ihrer Armut und ausgebeutet für das Wohl derer von Putbus in Knechtschaft arbeiten? Der Rückzug des Herrn von Putbus von seinen Maximalforderungen widerspiegelt wohl in erster Linie den berechtigten Widerstand der Rügener Bauern. Dieser Widerstand war also nicht umsonst. — (kc)

Wir begrüßen es, daß in der Öffentlichkeit eine Diskussion in Gang kommt, die unterschiedliche Standpunkte bei der Bewertung des Umgangs mit den Akten von Geheimdiensten hervorbringt. Ja, der Umgang mit Akten der Geheimdienste, das ist die prinzipielle Seite dieser Diskussion. Weshalb soll die Auseinandersetzung mit dem Herrschaftswissen auf die Akten des untergegangenen MfS beschränkt bleiben?

Wir sind für die Öffnung aller Akten aller Geheimdienste.

Von bestimmten politischen Kräften wird der Versuch unternommen, mit der Diskussion über Schließung oder Vernichtung der Akten des MfS vom üblichen Mißbrauch ausgewählter Inhalte für parteipolitische Ziele abzuwenden. Der Umgang mit dem Schriftgut des früheren MfS ist ein so diffiziles Problem, das unabhängig von allen parteipolitischen Zielen behandelt werden muß.

Wir halten es für notwendig, daß man in dieser Diskussion den Begriff „Akten“ etwas näher bestimmt. Unifferenziert werden Kilometerzahlen (bis zu 220 Kilometer) verwendet, oder man spricht von 6 Millionen Dossiers. Dabei wird bewußt der Eindruck erweckt, daß diese Unmasse Papier nur „Opfer- oder Täterakten“ sind. Im Begriff „Akten“ sind eingeschlossen alle Materialien des MfS zur Regelung des internen Dienstbetriebes, alle Personal-, Finanz- und Gesundheitsunterlagen sowie eine umfangreiche Dokumentation über Nazi- und Kriegsverbrechen.

Sechs Millionen Personenerfassungen heißt, daß im Verlauf von 40 Jahren Karteikarten über 6 Mio. Personen angelegt wurden, also keine Personendossiers! Davon entfallen ca. 2 Mio. auf Kaderermittlungen im weitesten Sinne, ca. 1,5 Mio. Karten zur Erfassung von Nazi- und Kriegsverbrechen und ca. 2 Mio. Angaben über Ausländer einschl. ehem. BRD-Bürger.

Das personenbezogene Schriftgut umfaßt Unterlagen über alle im Verlaufe von 40 Jahren bearbeiteten oder aus unterschiedlichsten Gründen aufgeklärten Personen oder bearbeiteten Sachfragen (z. B. Material aus dem Bereich der Sicherung der Volkswirtschaft). Die Regelungen im Archiv des MfS sahen keine Begrenzungen der Aufbewahrungsfristen vor. Der Mehrzahl der in diesen Unterlagen erfaßten DDR-Bürgern wird darin eine positive staatsbürgerliche Grundhaltung bescheinigt — eine Wertung, die manche heute vielleicht gar nicht mehr so recht ist.

Ein Großteil der Akten befaßt sich

mit Personen, die nach den Gesetzen der DDR bestraft wurden: Archiv-Operativ-Vorgänge, Archiv-Untersuchungsvorgänge und in bestimmten Fällen auch Gerichts- und Staatsanwaltschaftsakten, einschließlich einer großen Zahl von Agenten westlicher Geheimdienste.

Weitere personenbezogene operative Unterlagen sind zur Aufklärung und Werbung von Inoffiziellen Mitarbeitern im Archiv bzw. im aktiven Bestand der einzelnen Arbeitsbereiche zu finden.

Die Gauck-Behörde verschweigt die oben genannten Fakten.

Jedoch spricht ein großer Teil der Akten aber auch über die Tätigkeit des MfS zur Kontrolle und Bearbeitung politisch Andersdenkender und opposi-

tes zu massenhaften Menschenrechtsverletzungen unter Berufung auf die Ahndung angeblicher Verletzungen der Menschenrechte. Deshalb: Solange eine Tätigkeit im MfS und für das MfS kriminalisiert wird, sind die Akten auch Beweismittel zum Schutz vor Verdächtigungen, Verleumdungen, bes. auch ehemaliger Inoffizieller Mitarbeiter (IM).

Wir lehnen die prinzipielle Vermarktung und gezielte politische Instrumentalisierung von Teilen der Akteninhalt ab. Wir sind für eine kritische Bewertung der historischen Entwicklung und der Tätigkeit des MfS.

Zur Rolle des „Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR“: Bereits die Unterstellung als obere Bundesbehörde unter dem Bundesminister des Inneren ist undemokatisch und verfälscht den Willen der letzten Volkskammer der DDR, die bei der Forderung nach Einrichtung eines solchen Beauftragten von einem parlamentarisch kontrollierbaren Organ ausging. Die zweifelhafte „Gutachtertätigkeit“ der Gauck-Behörde mit politisch motivierter „Vorsortierung“ und entsprechenden „Wertungen“ ist Grundlage von tausenden von Entscheidungen über berufliche Perspektiven und führt durch faktisches Arbeitsverbot für die Betroffenen zur sozialen Entziehung ganzer Familien.

Der ungehinderte Zugang zu den Unterlagen der „Gauck-Behörde“ gestattet den gezielten Mißbrauch selektiver Materialien für politische Zwecke. Das führt zur Umkehrung der Beweislast für die Betroffenen, die nach öffentlicher Diffamierung ihre Unschuld beweisen sollen.

Deshalb unsere Forderungen:

1. Herauslösung der Gauck-Behörde aus der Dienstaufsicht des Innenministeriums und demokratische Kontrolle;
2. Gesetzliche Festlegungen oder Veränderungen im sogenannten „Stasi-Unterlagen-Gesetz“, die einen Mißbrauch der Akteninhalt für politische Zwecke ausschließen.
3. Schutz der Persönlichkeitsrechte aller Betroffenen, auch der ehemaligen inoffiziellen und hauptamtlichen Mitarbeiter des MfS. Generelles Verbot, Material der Gauck-Behörde nach Belieben, oft unter Mißachtung grundlegender Menschenrechte, öffentlich zu verwenden.
4. Schaffung neuer gesetzlicher Grundlagen, z. B. analog dem „Freedom of Information Act“ in den USA, die für alle Betroffenen juristisch einklagbare Möglichkeiten der Einsichtnahme in ihre Akten bei allen Geheimdiensten schaffen. — (ke/ab).

tioneller Kräfte. Über diesen Teil der Akten denken wir heute sehr kritisch nach. Ein Teil der Akten zeigt auch unsere Bemühungen zur Sicherung der friedlichen Entwicklung der DDR und des sozialistischen Lagers. Sie zeigen auch viele Details des Herrschaftssystems der BRD, über die manche nicht gern öffentlich sprechen wollen.

Die ehemaligen Mitarbeiter des MfS haben die Akten nicht zu fürchten. Nicht von der Hand zu weisen, dokumentierten Akten auch kritikwürdige Vorgehensweisen, einen schlimmen, oft auch inhumanen Sprachgebrauch. Solche Entartungen werden heute von nicht wenigen ehemaligen Mitarbeiter abgelehnt und nachdrücklich verurteilt.

Mit der gegenwärtigen Praxis des Umgangs mit den MfS-Akten kommt

PDS bekämpfen. Verständlich, daß in diesem Zusammenhang auch die Aussichten linker Parteien und besonders der PDS im Westen Deutschlands diskutiert wurden.

Die Vertreter des BWK sprachen sich ganz im Sinne ihrer Haltung zur PDS für eine verstärkte Zusammenarbeit und für ein weiteres gemeinsames Zusammengehen aus. Sie betonten die Bedeutung gemeinsamen antifaschistischen Widerstands.

Die PDS habe im Westen nur in bestimmten Kreisen Anhänger und sei im dort unter der Bevölkerung nicht populär. Die West-Entwicklung der PDS gestaltet sich unter diesen Bedingungen schwierig. Auch die Zusammenarbeit linker Kräfte mit der PDS gestalte sich steinig. Beachtet werden müsse, daß die zahlenmäßigen Verhältnisse in den linken Kreisen für die PDS meist umgedreht sind im Vergleich zum Osten. Hier ist sie zahlenmäßig in der Minderheit. Andere Gruppen sind relativ stärker. Von allen Teilnehmern wurde deshalb betont, wie notwendig eine zielstreitige Zusammenarbeit aller linken Strömungen sei, ohne daß die eine oder andere versucht, ihre zahlenmäßige Überlegenheit auszunutzen. Es geht um die Zusammenarbeit unterschiedlicher Strömungen und um die Gestaltung der Zu-

Hellersdorf: Linkes Zusammensehen

Die PDS-Hellersdorf (bei Berlin) diskutierte mit West-Linken

Der Hellersdorfer PDS-Vorsitzende Klaus-Jürgen Dahler als Gastgeber einer Diskussionsrunde mit Vertretern des BWK und des Landesvorsitzenden der DKP Berlin-Brandenburg, Klaus Steiniger, meinte einleitend, daß es für ihn keine Besonderheit sei, mit Vertretern anderer linker Parteien an einem Tisch zu sitzen und Meinungen auszutauschen. Er zeigte sich deshalb erfreut, neben dem Vertreter der DKP auch Vertreter des BWK aus dem Westteil der Stadt das erste Mal im „tiefen Osten“ Berlins und auch Christiane Schneider aus Hamburg begrüßt zu können. Das Treffen im November 1993 war zustande gekommen, um Erfahrungen in Vorbereitung auf das Wahljahr 1994 auszutauschen.

Alle Genossen, die in der Diskussion zu Wort kamen, unterstrichen, daß die innerenpolitischen Verhältnisse und der Kurs der politischen Kräfte in den etablierten Parteien, der nach dem PKK-Verbot auf eine Verschärfung abzielt, ein politisches Zusammengenhen der Parteien unbedingt erforderlich machen. Die Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland ist vorprogrammiert. Die Hamburger Wahlergebnisse zeigen eine deutliche Polarisierung der Kräfte gegen Links, die Koalition Schwarz-Braun wird offen vor allem die

sammenarbeit Ost-West. Klaus Steiniger betonte als Vertreter der DKP, daß der DKP-Parteitag in Gladbeck klare Beschlüsse gefaßt habe und sich die DKP deutlich für eine kameradschaftliche Zusammenarbeit mit der PDS und einer Beteiligung an den Offenen Listen entschieden habe.

Klaus-Jürgen Dahler machte seinerseits deutlich, daß die PDS in Hellersdorf, wo sie eine zu beachtende politische Kraft darstellt, ihre Anstrengungen in Vorbereitung der Wahlen 1994 vor allem auch auf kommunale Fragen konzentrieren wird. Dahler machte an Beispielen der Tätigkeit der PDS-Stadträte in Hellersdorf deutlich, welches gewichtige Wort die PDS in kommunalen Fragen in Berlin-Hellersdorf spricht. Dahler erklärte deutlich, daß die PDS-Hellersdorf bereit ist, Kandidaten anderer Parteien in die Offenen Listen der PDS mit aufzunehmen und ihnen Bedingungen zu schaffen, um im kommenden Wahlkampf sich in geeigneter Weise den Wählern vorzustellen. Vereinbart wurde, die Ergebnisse des Gespräches öffentlich zu machen und erneut zusammenzutreffen. Ein nächstes Treffen könnte so zum Beispiel in Hamburg organisiert werden, auf dem die PDS Berlin-Hellersdorf die Möglichkeit hätte, sich Interessierten vorzustellen. — (abe)

Sein 1991 tobte vor und mehr noch hinter den Kulissen des Bonner Politheaters die Auseinandersetzung um das sogenannte Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz — abgekürzt EAGL. Diktiert wird sie von den einstigen, entschädigungslos enteigneten Herren über ostdeutschen Grund und Boden, die im Parlament und in der Regierung über eine starke Lobby verfügen. Sie wollen den Riegel knacken, den der Einigungervertrag vor die Restauration der Vorkriegseigentumsverhältnisse geschoben hat. Der Hintergrund sind also handfeste Interessen. Nur so ist erklärbar, was sich auf der Bonner Bühne abspielt.

Bereits die erste Lesung des Entwurfs des EAGL am 13. Mai 1993 im Bundestag machte deutlich, daß diese Regierungsvorlage nicht überlebt. Und das nicht etwa, weil die Opposition besonders scharfe Geschüsse auffuhr, sondern weil die Vertreter der regierungstragenden Koalitionsfraktionen sich selbst als schärfste Kritiker des Regierungsentwurfes gebärdeten. So forderte der Agrarobmann der FDP-Fraktion Bredehorn: „Unser gutes Recht hier im Deutschen Bundestag ist aber, Verbesserungs-, Ergänzungs- und Gegenvorschläge zu machen. Es ist nicht unsere Pflicht, Regierungsbeschlüsse unverändert bis zur dritten Lesung zu befördern.“¹ Und tatsächlich hagelte es nur so von fundamentalen, dem Regierungsentwurf teils diametral gegenüberstehenden Lösungsvorschlägen aus den Reihen der Koalitionsfraktionen. „Es habe alles den Eindruck eines abgeketteten Spiels gemacht. Unter dem Deckmantel der parlamentarischen Demokratie will sich die Regierung offenbar ‚nötigen‘ lassen, ihren eigenen Gesetzentwurf im Interesse der 1945 bis ‚49 Enteigneten zu ändern,“ sagte nach der Debatte ein Zuhörer auf der Tribüne im Wasserwerk. Auch wenn diese Interpretation etwas vereinfachend weil einseitig ist (hat die Regierung doch erhebliche Sorgen mit der Finanzierung der Entschädigungs- und Ausgleichsleistungen), erscheint sie keineswegs unzutreffend, insbesondere wenn man den weiteren Verlauf des Schmierenstücks verfolgt.

Im September kam es im Finanz- und Rechtsausschuß des Bundestages zu einer gemeinsamen Anhörung bestellter Verfassungsrechtler und Betroffenenverbänden zum EAGL-Entwurf, die diesen zur Makulatur werden ließ. Danach beförderte der Finanzausschußvorsitzende Gattermann (FDP) die Vorstellungen der wichtigsten Interessengemeinschaft der Alteigentümer als seine Überlegungen aus einem „Waldspaziergang“ in die Diskussion („Coupon-Modell“). Er spielte damit den Buhmann, wurde folgerichtig zurückgeschissen und zwei Monate später kreierte eine Arbeitsgruppe unter Vorsitz von Kanzleramtsminister Bohl ein inzwischen von der Bonner Koalitionsrunde gebilligtes weiteres Modell als Kompromiß, das vielen als kleineres Übel erscheint, unter dem Strich jedoch wesentlich reaktionärer als der bisherige Regierungsentwurf ist. Davon wird noch die Rede sein.

Warum Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz?

Das Gesetz ist eine Konsequenz aus dem Einigungervertrag. Im Kern geht es um die Regelung von zwei Hauptfragen.

Erstens um Bestimmungen über die Höhe und Finanzierung der Entschädigung, wenn die Rückgabe von in der DDR zwischen 1949 und 1990 enteigneten Grundstücken und anderen Vermögenswerten nicht möglich ist oder wenn der Enteignete anstelle der Rückgabe Entschädigung wählt. Es stellt somit eine längst überfällige Ergänzung des Gesetzes zur Regelung offener Vermögensfragen (Vermögensgesetz) dar. Gerade weil diese Frage seit 1990 offen ist, hat sich die Negativwirkung des unseligen Prinzips „Rückgabe vor Entschädigung“ noch potenziert. Es wurden Hundertausende von Ansprüchen gestellt, ohne daß sich die Berechtigten für Rücknahme oder Entschädigung entschieden haben, was verständlich ist, wenn weder der Umfang noch die Modalitäten der Entschädigung bekannt sind. Die Folge ist eine anhaltende Verunsicherung der derzeit Verfügungsberichtigen, der Bürgerinnen und Bürger der neuen Bundesländer, sowie die Behinderung der Investitionstätigkeit für den „Aufschwung-Ost“.

Eine Vorstellung vom Umfang der Restitutions- bzw. Entschädigungsansprüche gibt folgende Auswahl aus den regierungsoffiziellen Ermittlungen und Schätzungen: 500000 Hektar landwirtschaftlicher und 170000 Hektar forstwirtschaftlicher Fläche, 90000 Miethäuser mit 540000 Wohnungen, 600000 Wohnungen in Einfamilienhäusern (von denen der größte Teil wegen redlichen Erwerbs nicht restituierbar ist, also unter die Entschädigung fällt). Hinzu kommen tausende gewerbliche Unternehmen.²

Zweitens sind mit dem Gesetz die staatlichen Ausgleichsleistungen für die nicht mehr rückgängig zu machenden Enteignungen auf besetzungsrechtlicher bzw. besetzungsrechtlicher Grundlage (1945 bis 1949) zu regeln. Die Bundesregierung hat die Entscheidung einer solchen Möglichkeit durch das gesamtdeutsche Parlament als ihre Auffassung in der gemeinsamen Erklärung der Regierungen der BRD und der DDR zur

vestiert werden konnte) zugunsten des Entschädigungsfonds zu leisten haben. Da die Entschädigungshöhe lediglich das 1,3-fache des Einheitswertes von 1935 betragen sollte, konstatierte man zu Recht eine Wertschere zwischen Rückgabe und Entschädigung. Da ging das große Geheule los. „Opfer entschädigen Opfer“ — das sei verfassungswidrig. Konsequenz: die Vermögensabgabe ist vom Tisch. Damit reicht das Geld für Ausgleichsleistungen und Entschädigungen bei weitem nicht. Vor allem deshalb, weil nunmehr nicht der Einheitswert, sondern der fiktive Verkehrswert vom 3. Oktober 1990 die Basis bilden soll. Auch wenn eine Depression — über die man sich noch ausschweigt — angekündigt ist, werden neue Finanzierungsquellen notwendig. Die haushaltsneutrale Finanzierung des Regierungsentwurfs ist passé. Möglichkeiten sieht man darin, das Eigentum der öffentlichen Hand noch mehr zu schmälern. So gibt es selbst Vorschläge, einen Teil des Ver-

die Entschädigungs- und Ausgleichsleistungen in Form von Schuldverschreibungen zu gewähren, wobei an eine gestaffelte Auszahlung, Auslösung und Verzinsung ab 2004 gedacht ist. Das heißt, spätestens ab diesem Zeitpunkt werden alle Steuerzahler im Interesse der Alteigentümer zur Kasse gebeten.

Alte Gelüste neu geweckt

Mit dem Zusammenbruch des „Realsozialismus in Osteuropa“ wittern die unverbesserlichen Revanchisten Morgenluft. So philosophierte der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Dr. Herbert Czaja (CDU), bei der bereits erwähnten Anhörung im Bundestag über „zumutbare Strukturen zur Verwirklichung des Rechts auf Heimat“. Solange dieses Recht und „eine minimale Entschädigung nicht durchgesetzt worden sind“,

Bundesregierung demonstriert eine Kontinuität, die als eine Form des Staatsrevanchismus interpretiert werden kann (oder sogar muß?).

Am 7. Juni 1993 wandte sich in Sachen Entschädigungsgesetz der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Wirtschaftsfragen-Ost (AGO), Michael Graf von Hochberg, an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Bei der AGO handelt es sich nach Darstellung des Grafen um einen „Zusammenschluß von über 10000 Mitgliedern, der sich für wirtschaftliche Belange im Osten einsetzt und unter sich eine Reihe von Investoren hat, die sich bei geklärten Eigentumsverhältnissen und vernünftigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen engagieren“.

Deutlicher gesagt: Es ist eine Vereinigung von Leuten, die im Ergebnis des faschistischen Eroberungskrieges und des Potsdamer Abkommens Großgrundbesitz, Schlösser und Fabriken jenseits der Oder-Neiße-Grenze entschädigungslos verloren haben. Diese Leute fanden Gehör in der Obleuteberatung des Rechtsausschusses, denn wir sind eine Demokratie. Ihr Anliegen ist, das EAGL weiter zu verschärfen und in den genannten Staaten als Muster zu vermarkten. Sie fordern die Wiedergutmachung jedweder Enteignung in Form von „Entschädigung durch Rückgabe“.

Sie argumentieren damit, „daß es sich bei dem Eigentum gerade nicht um irdisches gesetztes Recht handelt, sondern um natürliches oder ewiges Recht“. „Aus vielfältigen Gesprächen über Warschau hinauf bis ins Baltikum weiß AGO, das deutsche Gesetzesvorhaben dort Modellcharakter haben. Daraus ergibt sich aus der Achtung des Naturrechtes Eigentum für das deutsche Parlament zusätzlich eine extrem hohe Verantwortung auch für unsere Nachbarstaaten ...“ Richtig: Am deutschen Wesen (und deutschem Recht) soll die Welt gelesen — wieder einmal.

Fazit

Man muß kein Prophet sein, um vorauszusagen, die Gier nach Boden wird die Auseinandersetzung um das EAGL weiter prägen. Besitz an Grund und Boden entfachte und entfacht mehr Leidenschaften als bei anderen Wirtschaftsgütern. Kriege wurden in der Menschengeschichte meistens um Ländereien geführt und die „Volk-ohne-Raum“-Demagogie der Nazis bleibt in schmerzlicher Erinnerung. Aber auch im persönlichen Leben sind Besitz oder Nichtbesitz von Grund und Boden Quelle von Feindschaften zwischen Nachbarn über Generationen hinweg und selbst ehrne Familienbande hören beim Streit um das Erbe am Grund und Boden auf zu existieren.

Eigentum an Grund und Boden ist Eigentum besonderer Art, vor allem weil der Grund und Boden nicht beliebig vermehrbar ist, er als Monopol dem Eigentümer eine Rente abwirkt. Es ist also nicht zufällig, daß beim Kurs auf die Restauration der alten Vorkriegseigentumsverhältnisse nach dem Beitritt der DDR zur BRD Grund und Boden einen besonderen Stellenwert besitzen. Privater Grundbesitz ist in dieser Gesellschaft das „eigentliche Eigentum“. „Was ist noch stärker als die DM?“ fragte auf einem Werbeblatt, das der FAZ beilag, eine Düsseldorfer „Investor- und Treuhand-Beratungsgesellschaft mbH“. Antwort: „Grundbesitz“.⁹

Dr. Wolfgang Jahn ist Mitarbeiter der PDS/LL im Bundestag.

Zum gleichen Thema erschien in Nr. 16/93 dieser Zeitung sein Aufsatz: „Systematische Aushöhlung der Ergebnisse der Bodenreform in Ostdeutschland. Zur Restauration altpreußischer Besitzverhältnisse in der Ex-DDR“.

1 Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht der 158. Sitzung, S. 1367

2 Deutscher Bundestag, Finanzausschuß-Drucksache 12/0210 vom 6. 9. 93

3 ebenda

4 Deutscher Bundestag, Drucksache 12/5503 vom 27. 7. 93, S. 4

5 Deutscher Bundestag, Protokoll der öffentlichen Sitzung des Finanz- und Rechtsausschusses am 15./16. 9. 1993, S. 368

6 Helmuth von Grauberger, Reform in Gänsebeinen?, in: *Neues Deutschland* vom 18./19. Dezember 1993, S. 13

7 wie (5), S. 186 und 381

8 wie (4), S. 7

9 wie (6)

Kampf um Macht, Geld und Grundbesitz-Ost

Dr. Wolfgang Jahn zum Tauziehen in Bonn um das sogenannte „Entschädigungsgesetz“

Regelung offener Vermögensfragen vom 15. Juni 1990 bekundet. Das Bundesverfassungsgericht machte sie mit seinem „Bodenreform“-Urteil vom 23. April 1991 zum Gebot.

Gemessen an den damaligen Enteignungen ginge es um Ausgleichsleistungen für 7112 Güter (über 100 Hektar) mit 2504732 Hektar land- und forstwirtschaftlicher Fläche, 4278 Agrarbetriebe (unter 100 Hektar) mit 123868 Hektar, 9746 gewerbliche Unternehmen und 19298 sonstige Vermögenswerte.³

Hauptinhalt der Auseinandersetzung

Kritik am Regierungsentwurf des EAGL gab es von links wie rechts. Die Opposition charakterisierte ihn vor allem als Fortsetzung der Politik der faktischen Aushöhlung der Bodenreform, als Versuch, dem Kapital-West den Griff auf den Boden-Ost noch leichter zu machen, sowie als Investitionshemmnis. Ganz anders die CDU/CSU- und FDP-Koalition. Für sie war alles nicht genügend restaurativ. Sie propagiert ziemlich unverhüllt Verfassungsbruch und Einigungs-

waltungs- und Finanzvermögen der ostdeutschen Kommunen dafür zu privatisieren mit dem Argument, sie seien keine redlichen Erwerber, ihnen hätte das „Unrecht kommunistischer Enteignung“ deutlich sein müssen. Auch verstummen die Forderungen nicht, alle Bürger, die in der Zeit der DDR — also in über 40 Jahren — Grundstücke erworben haben, mit einer Abgabe zur Kasse zu bitten. So stellte Gattermann in der bereits erwähnten Anhörung fest: „Für die Geschichte dieses Gesetzentwurfs ist es natürlich nicht ohne Interesse, daß am Anfang vorgesehen war, sämtliche rechtsgeschäftlichen Erwerbe seit 1949 in die Vermögensabgabe einzubeziehen“. Er charakterisierte es als politisch schwer durchstehbar, „aber von der materiellen Gerechtigkeitslage und von der Beschaffung von Finanzmasse her hoch vernünftig“.⁵ Bei seinen Überlegungen erhielt er Schützenhilfe aus den Reihen der SPD.

Indem nunmehr sowohl die nichtrestitutionsberechtigten wie auch restitutionsberechtigte Alteigentümer Ausgleichs- und Entschädigungsleistungen in Höhe des fiktiven Verkehrswertes vom 3. 10. 1990 erhalten sollen, wird auch ein neues Problem geschaffen. Die zu DDR-Zeiten Enteigneten — wegen der Braunkohle, Straßenbau bis hin zu Besitzern von Mauergrundstücken — wurden nach DDR-Recht entschädigt, d.h. erhielten bedeutend niedrigere Beiträge. Das wird das Gefühl der Ungleichbehandlung verstärken, zumal die Bundesregierung davon ausgeht, daß die Nutznießer der genannten Regelung zu 80 % aus dem Westen kommen.

Fragwürdig ist die Verkehrswertentschädigung auch, weil überhaupt nicht beachtet wird, daß zum Zeitpunkt der besetzungsrechtlichen Enteignungen — also unmittelbar nach dem Krieg — keine blühenden Betriebe und Felder vorhanden waren. In vielen Fällen wurden erst in sozialistischer Zeit durch den Fleiß der Arbeiter und Neubauern die Werte geschaffen, nach denen heute die Alteigentümer entschädigt werden sollen. Entschädigt werden eben nur die Besitzenden, während diejenigen, die schon 1945 nichts besaßen und unter der ganzen Last des verbrecherischen Krieges und der schweren Nachkriegszeit am meisten zu leiden hatten, leer ausgehen. Es ist also gar nicht so abwegig, daß wie in einer Zeitung zu lesen war — es sinnvoller und sozial gerechter gewesen wäre, im Einigungervertrag auszuhandeln, daß das DDR-Volkseigentum an Grund und Boden als Sicherheit für anständige Renten in ganz Deutschland einbehalten werden wäre, anstelle es Alteigentümern in den Rachen zu werfen.⁶

Der neueste Schrei (auch der letzte?) ist der Vorschlag der Koalitionsrunde,

sei die Nachkriegszeit nicht beendet. Was das für die europäische Sicherheit bedeutet, mag man sich angesichts der bitteren Erfahrungen zweier Weltkriege gar nicht auszumalen.

Bezeichnend für das politische Klima in der Kaste der Herrschenden ist, daß beide Ausschußvorsitzende — Gattermann (FDP) und Eylmann (CDU) — Czajas Auslassungen widerspruchlos hinnahmen. Das wundert nicht, kann Czaja sich doch darauf berufen, daß „alle Bundesregierungen bis in die letzten Wochen hinein erklärt haben, daß sie sich verpflichtet fühlen, sich aus der von Verfassungen wegen gegebenen Schutzpflicht für jeden deutschen Staatsangehörigen gegenüber dem Konfiskator für entsprechende Rückgewähr oder Entschädigungsleistungen einzusetzen.“⁷ Es verwundert deshalb auch nicht, daß es selbst einem Teil jener, die sich längst mit der Unwiderruflichkeit des Verlustes ihres Eigentums in den ehemaligen deutschen Ostgebieten abgefunden hatten, nach Rückgabe oder entsprechender Entschädigung gelüstet.

Und genau dieser Geist ist auch im Regierungsentwurf des EAGL erkennbar. So ist im Artikel 9 (Vertriebenenenzwendungsgesetz) geregelt, daß die einmalige Zuwendung von 4000 DM für Betroffene in den neuen Bundesländern (da die DDR keinen Lastenausgleich kannte) der „innerstaatlichen Abgeltung aller materiellen Schäden und Verluste, die mit den Ereignissen und Folgen des Zweiten Weltkrieges im Zusammenhang stehen“ dient. Zugleich wird jedoch ausdrücklich erwähnt, daß damit Ansprüche an „Schädiger“ — d.h. an unsere osteuropäischen Nachbarn — nicht ausgeschlossen sind. Die Gruppe PDS/Linke Liste im Bundestag nahm dies zum Anlaß, die Bundesregierung zu fragen, ob das nicht außenpolitisch instinktlos wäre und auf eine solche Aussage im Interesse des gedeihlichen Zusammenlebens der europäischen Völker verzichtet werden muß. Die Antwort besagt, daß in den Verträgen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit den ost- und südosteuropäischen Staaten „im gegenseitigen Einvernehmen die Regelungen der Vermögensfragen offen geblieben“ sind.

„Die Bundesregierung sah keinen Anlaß, im Rahmen des Entwurfs des Vertriebenenenzwendungsgesetzes eine Entscheidung über die Eigentums- und Vermögensfragen zu treffen. Zur Klarstellung enthält auch das Lastenausgleichsgesetz einen ausdrücklichen Vorbehalt, wonach die Gewährung und Annahme von Lastenausgleichsleistungen keinen Verzicht auf die Geltendmachung von Ansprüchen auf Rückgabe des von den Vertriebenen zurückgelassenen Vermögens bedeutet.“⁸ Diese Haltung der

Neue Rechte – Alte Maschen

Oder: Was Rechtsextreme und Neonazis so mit dem Computer anstellen und was man dagegen tun kann.

Von Gabriele Hoofacker

Dem Haß keine Chance – Ausländerstopp SOFORT begrüßte die Erlanger Mailbox „Widerstand“ diejenigen, die sich als Gast per Telefon und Modem einwählen, und warnte: „Dieses ist eine Mailbox für national gesinnte Menschen. Falls Du Dich nicht mit diesem Begriff identifizieren kannst, so trenne bitte gleich die Verbindung.“

Solche Texte kann man lesen, wenn man sich per Computer und Telefon in den Computer der stramm rechts Gesinnten einwählt.

„Mailboxen“, das englische Wort für Postfach, sind natürlich keine Erfindung der Rechten. Die deutsche Bundespost Telekom betreibt ein Mailboxsystem unter dem Namen „Telebox“ und die bekanntere Telekommunikationsdienstleistung „Datex-J/Btx“. Firmen wie General Electrics oder IBM unterhalten weltweite Datennetze, und in der Bundesrepublik gibt es Anbieter wie Geonet-Mailboxes oder Compuserve, die mit der braunen Schmuddel-Ecke nichts zu tun haben. Zu tun haben wollen, muß man sagen – denn auch hier versuchen die rechten Medien-Macher, ihre Propaganda unterzubringen. Schönhebers Reps bieten Datex-J/Btx-Seiten an, und im internationalen nichtkommerziellen Fido-Netz tummeln sich gleich mehrere der braunen Aktivisten.

Was sie dort so treiben? Im Folgenden einige Beispiele. Weil wir aber keine Werbung für die braunen Truppen machen wollen, werdet Ihr hier *keine Kontakttelefonnummer* finden ...

... Wir haben uns ein wenig in diesen rechtsextremen elektronischen Briefkästen umgesehen, und wollen euch unsere Fundsachen nicht vorenthalten. Die folgenden Texte stammen aus solchen rechtsextremen Mailboxen, sind also Publikation der extremen Nationalisten. Doch die neuen Rechten argumentieren nicht mehr so plump wie die Nazikids der 80er Jahre.

Unter der Überschrift *THULE-Neues Denken* ist beispielsweise über „Die politische Tat“ folgendes zu lesen:

„Das Problem der Widersprüche zwischen Theorie und Praxis findet seine Lösung weniger auf dem weiten Gebiet des absoluten Moralismus und der Rechtmäßigkeit als vielmehr mit der Beantwortung der Frage: Was läßt sich heute durchsetzen? Und vor allem wie?“ ...

„Leider hat sich die enge Verbindung von situationsangepaßter und politisch langfristig individualistischer oder systemsprengender Haltung durch strikte Trennung ihrer unterschiedlichen Anwendbarkeit im Lager des europäischen Nationalismus noch nicht ganz durchgesetzt. Stattdessen scheinen sich überall unnötige Fraktionsbildungen zu vollziehen, die in dieser Schärfe keine Existenzberechtigung haben.“

Mit anderen Worten: Die neue Rechte setzt auf Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen rechten Gruppierungen; sie will sich vernetzen ...

„Die politische Tat ist nur dann sinnvoll, wenn sie Signal ist für nachfolgende Taten. So muß die erste Überlegung des politischen Täters sein, ob Nachfolgetaten zu erwarten sind. Nicht zuletzt deshalb bedarf es einer intensiven, generalstabsmäßigen Vorbereitung einer Tat, die abklärt: Was tun? Wer soll es tun? Mit welchem Ziel soll es getan werden? Welche Reaktion ist bei den Freunden zu erwarten? Welche bei den Feinden? Welche bei den Unentschlossenen? Eine isolierte Tat erreicht nichts oder das Gegenteil.“

Wie stellt sich die politische Rechte also eine solche Tat, und einen solchen Täter vor? Der

„muß auch die ideologischen Voraussetzungen mitbringen, um die Anhänger und Sympathisanten zu binden. In unserem Falle also muß er konsequenter Nationalist sein.“

So steht das im *Thulenetz*, einem Sammelpunkt rechter Aktivisten, zu lesen ...

Die braunen Kämpfer fordern also zur Tat auf und benutzen, ganz wie die Nazis in den 20er, 30er Jahren, auch den Begriff der Revolution. Sie fordern (wieder ein längeres Zitat):

„Schafft befreite Zonen! Eine der

Hauptthesen unserer *nationalrevolutionären Position* lautet, daß Europa unzweifelhaft der Brennpunkt aller zukünftigen politischen Entwicklungen sein wird. Deutschland wiederum liegt im Zentrum unseres Kontinents, weshalb nicht viel Intelligenz dazugehört, um die Vorgänge in unserem Vaterland als besonders wichtig für das weitere Schicksal Europas anzuerkennen ...

Was heißt das – befreite Zonen? Wir betrachten die befreiten Zonen aus militärischer Sicht, also aus der Sicht des politischen Aktivisten. Es geht keinesfalls darum, eigenständige staatliche Gebilde oder ähnlichen Unsinn ins Leben zu rufen. Nein, befreite Zonen bedeutet für uns zweierlei. Einmal ist es die Etablierung einer *Gegenmacht*. Wir müssen Freiräume schaffen, in denen wir faktisch die Macht ausüben, in denen wir sanktionsfähig sind, d. h. wir bestrafen Abweichler ...“

„Das System, der Staat und seine Büttel werden in der konkreten Lebensgestaltung der politischen Aktivisten der Stadt zweitrangig. ... aber der Einsatz der Unterdrückungsinstrumente wird wirkungslos ...“

Diesen Text aus der rechtsradikalen Szene möchte man als demokratisch engagierter Mensch allen Staatschützern laut vorlesen – auf daß sie endlich mitbekommen, was in diesen rechtsradikalen Zirkeln so diskutiert wird, und wie hier mit möglichen Effekten kalkuliert wird. Genug der Beispiele – und es handelt sich noch um harmlose Beispiele, mit Bedacht ausgewählt – aus solchen rechtsextremen elektronischen Publikationen.

Wer bislang die Hau-Drauf-Skins mit der neuen Rechten identifiziert hat, wird wohl umdenken müssen – die neuen Rechtsextremen kommen mit Begriffen daher, die bislang von der Linken besetzt waren. „Revolution“ und „Dritter Weg“ sind zwei davon. Rubriken wie „Esoterik“ und „Neues Denken“ in der Erlanger Mailbox „Widerstand“ lassen manchmal vermuten, man habe sich in den ökologischen Bioladen um die Ecke verirrt.

Doch das alternative Outfit hat Methode: Längst verteilen die rechtsextremen Propagandisten keine KZ-Spiele für den C64 mehr an die Kids. Angesprochen werden soll die technisch-intellektuelle Elite – Studenten, Ingenieure, Fachjournalisten. Vernetzung, ein Schlagwort, das heutzutage in keinem Management-Seminar mehr fehlen darf, wird auch in der rechten Szene großgeschrieben:

„Ziel und Zweck dieser Mailbox: 1. Herstellung und Verfestigung der Kontakte zwischen nationalen Gruppen.

2. Entwicklung einer Datenbank mit Informationen für nationale Aktivisten. Insbesondere soll die Herstellung von national gesinnten Publikationen durch Bereitstellung von Artikeln gefördert werden. 3. Minderung des Verfolgungsdrucks durch das System, indem Kommunikationsmöglichkeiten bereitgestellt werden, die vom System nicht – oder nur mit erheblichem technischen Aufwand – ausgespäht werden können. Es gibt hervorragende Kodierverfahren, deren Dekodierung für Unbefugte praktisch nicht möglich ist.“

Der Herr, der vor genau einem Jahr so vollmundig für die Möglichkeiten der Datenfernübertragung (DFÜ) warb, nannte sich vorsichtshalber „Alfred Tetzlaff“. Karl-Heinz Sendbühler, NPD-Funktionär, 36, hatte bereits 1991 im *Spiegel* angekündigt, daß seine Partei ein eigenes Mailbox-System plane ...

Besonders abgesichert werden die Mailboxen im rechtsextremen *Thulenetz*, einem Zusammenschluß von 19 gleichgesinnten Mailboxbetreibern, nämlich nicht: Wer seine Adresse hinterläßt und eine „Referenz“ angibt – eine rechte Gruppierung, der er angehört, oder eine Person, die bereits Teilnehmer ist und für ihn aussagt – dem werden Benutzername und Passwort zugeschickt.

Das Verfahren haben die Rechtsextremen kommerziellen und semiprofessionellen Systembetreibern abgeschaut. Trotzdem mangelt es etwas an Inhalten.

Damit die eigenen Themenrubriken nicht so eintönig bleiben, sammelten die rechten Mailboxbetreiber aus anderen Netzen, was sie bekommen können: Einen Aufruf der Kriminalpolizei mit der Bitte um Mithilfe spielen sie aus dem unbescholtener Fido-Netz ein, Bastelanleitungen für Sprengstoff aus einem kaum bekannten Overlay-Mailbox-Netz.

Das *Thule Netz* spielt in seinem Namen auf die Münchner „Thule-Gesellschaft“ der 20er Jahre an – einer Vorläuferin und ideologischen Wegbereiterin des Nationalsozialismus. Zu diesem Zusammenschluß verschiedener Computer-Mailboxen gehören rund 19 Mailboxsysteme im Bundesgebiet mit Namen wie PHANTOM-Box, Deutscher Mailbox Service, Wolf-Box Krefeld, NEVADA, NEWLINE, SNAKE, DEVILS DOOR, TECHNO BOX, DARKSIDE, BISY, HIGH ENERGY oder „EMPIRE“ (alles sehr deutsch klingende Namen also). Die Widerstand BBS wird als Infokontakt im „Deutschen Infotefon“ angegeben – ein telefonischer An-

dung.“ Bedenklich finden die FIFFler aber vor allem die Auswirkungen eines solchen Verbots, nämlich die weitreichende Kontrolle und Überwachung der gesamten Informations- und Kommunikationstechnik. Davon wären nicht nur rechtsextreme Mailbox-Benutzer betroffen, sondern vor allem die an internationale Datennetze angeschlossenen Unternehmen, Universitäten und Forschungseinrichtungen, aber auch Verbände und Parteien, die die moderne Informationstechnik nutzen ...

Das FIFF kommentiert: „Welch Idee: die Techniknutzung verbieten, damit der Faschismus gestoppt wird? Sollen Nazis dann auch nicht mehr lesen oder was?? Ist die Gesinnung ohne Technik nichts mehr? Wenn das alles ist, was der Bundesregierung dazu einfällt, dann gute Nacht! Die „Höheren Ebenen der Kommunikationstechnik“ nur noch den Rechtgläubigen vorbehalten zu wollen, läßt sich schlechterdings ohne inhaltliche Zensur nicht machen. Sieht so ein neuer Zusatz zum Grundgesetz aus?“

Oder gibt es im Elektrofachhandel bald Ausweise bzw. Zertifikate, die die Nutzung bestimmter Techniken nur im gesetzlich einwandfreien Sinne bestätigen?“

Kann man den Rechtsextremismus durch Kontrolle und Verbote von Kommunikationstechnik bekämpfen? Eine vom Bundesland Bayern gestartete Bundesratsinitiative fügt sich ins Bild. In dem dem Bundestag zugeleiteten Gesetzesentwurf (BT-Drucksache 12/5683) soll durch eine Änderung des G-10 Gesetzes das Post- und Fernmeldegeheimnis weiter ausgehöhlt werden: Grundlage für eine Telefonüberwachung durch die Verfassungsschützämter soll nun auch die Bildung einer kriminellen Vereinigung (129 StGB) sowie Volksverhetzung (130) und Aufstachelung zum Rassenhaß (131) werden.

Begründet wird dies damit, daß auch bei „Anhaltspunkten für einen Verdacht“ eine Beobachtung möglich sein sollte und die für den 129a notwendigen „organisatorischen Strukturen“ von Rechtsextremisten nicht bestünden. Da die Polizei bereits die Befugnis zur Telefonüberwachung bei Taten nach 129 und 130 habe, sei diese Gesetzesänderung nur eine „Angleichung der Befugnisse der Verfassungsschutzbehörden“.

Nun soll der Verfassungsschutz dieselben Überwachungsbefugnisse wie die Polizeibehörden erhalten. Glaubt das BMI ernsthaft, eine Übertragung der Überwachungsbefugnisse von Informations- und Kommunikationstechnik wegen Straftatdelikten auf den Verfassungsschutz würde bessere Ergebnisse erbringen? Welcher Verfassungsrechtliche Teufel reitet das BMI, zum polizeilichen Bereich gehörende Aufgaben auf den Verfassungsschutz zu übertragen?

Die Beobachtung des Rechtsextremismus gehört zu den Aufgaben des Verfassungsschutzes. Trotzdem stehen bisher nur in wenigen Bundesländern ein kleine Zahl von rechtsextremistischen Organisationen unter Beobachtung. Zur Beobachtung mit nachrichtendienstlichen Mitteln gehört bisher schon die Ausspähung von Mailboxen und anderen informationstechnischen Mitteln. Dabei ist das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) zur Amtshilfe verpflichtet. Wozu also Lintners Vorschläge?

Wie soll ein von Lintner angedachtes Verbot der „höheren Ebenen der Kommunikationstechnik“ konkret aussiehen? Will das BMI eine Vorzensur bei der Nutzung von „Mailboxen, Anrufbeantwortern und Funktelefonen“ einführen? Verlangt das BMI alsbald ein Gesinnungsgutachten beim Kauf von Geräten der sogenannten „höheren Kommunikationstechnik“?

Glaubt das BMI ernsthaft, rechtsextreme Gesinnung allein durch die Ausrottung des ausgemachten informationstechnologischen Sumpfes zum Schweigen zu bringen? Wie kommt das BMI darauf, politischem Extremismus und Gewalt durch Überwachung und Verbote informationstechnischer Mittel zu begegnen? Rechtsextreme nutzen

Termine

21. – 23. 1. Bundesweites Treffen der Cuba-Solidaritätsgruppen in Berlin. Anmeldungen über: Cuba si, Postfach 100, 10122 Berlin, Tel. 030/28409455.

29. – 30. 1. Delegiertenkonferenz der PDS AG Westl. Landesverbände, Samstag, 11 Uhr, bis Sonntag, 16 Uhr, in Köln.

5. – 6. 3. 14. o. BDK des BWK in Köln.

8. 3. Bundesweiter Frauenstreik- und Aktionstag aus Anlaß des Internationalen Frauentages

II. – 13. 3. 3. Tagung des 3. PDS-Parteitags mit dem Schwerpunkt „Die PDS in den Wahlen 1994“ in Berlin.

13. 3. Landtagswahlen in Niedersachsen.

20. 3. Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein.

nicht allein informationstechnische Mittel zu ihrer Organisation, sondern auch Autos oder öffentliche Verkehrsmittel. Wird nach der Logik des BMI jetzt auch daran gedacht, diese herkömmlichen technischen Mittel entsprechend überwachen zu lassen und für bestimmte Gruppen zu verbieten? Es kann deshalb ernsthaft nicht argumentiert werden, die Informationstechnik sei deshalb stärker zu reglementieren, weil Rechtsextremisten nun Mailboxen und ähnliches benutzen.

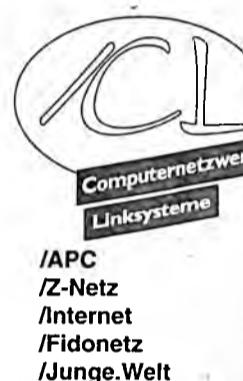
Aus dieser besonderen Einstellung des BMI gegenüber der Informationstechnik als potentieller Gefahr für Sicherheit und Ordnung spricht sowohl ein tiefes Mißtrauen als auch ein fundamentales Verkennen der Bedeutung dieser Schlüsseltechnik. Die Nutzung der Informationstechnik derart reglementieren zu wollen, spricht Bände. Eine solche Idee kann nur in einem Land entstehen, in dem der Informations- und Kommunikationstechnik von der Bundesregierung eine derart geringe Bedeutung zugemesen wird. Während in den USA Präsident Clinton für jedermann per elektronischem Mail erreichbar ist, sind deutsche Ministerien und Behörden noch weit davon entfernt. Dem Grundgedanken einer offenen Informationstechnik wird durch solche Maßnahmen hier die obrigkeitlich reglementierte Informationstechnik entgegengesetzt.

Ein weiteres überflüssiges Gesetz zur Überwachung, Kontrolle und Reglementierung der Informationstechnik vorgeblich gegen Rechtsradikale schadet nach Ansicht des FIFF nicht nur Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft. Es führt der Demokratie insgesamt einen weit größeren Schaden zu, als alle Erfolge, die damit gegen Rechtsextreme erzielt werden könnten.

Das FIFF fordert die Bundesregierung auf, verschärfte gegen den Rechtsextremismus vorzugehen. Das FIFF ist jedoch der Ansicht, daß Grundrechte nicht durch Abschaffung derselben verteidigt werden können.

Mit einem Verbot der neuen Techniken ist es also nicht getan. Was fällt den Telekommunikationsanbietern in der Bundesrepublik zu dem Thema ein? Mehrere bundesdeutsche Mailboxbetreiber haben einen ersten Schritt getan: Sie gründeten die „Arbeitsgemeinschaft freier Mailboxen“ (AGFMB), die qualitative Standards setzt und ihre Mitglieder darauf verpflichtet. Rechtsextreme Propaganda wird genauso abgelehnt wie das Verbreiten pornographischer Texte und Bilder. Noch weiter ging eine Bielefelder GmbH, die Mailboxprogramme vertreibt. Sie hat in ihre Lizenzvereinbarungen kurzerhand den folgenden Absatz aufgenommen: „Aufruf zu Rassen- und Völkerhaß, Billigung oder Verherrlichung des Nationalsozialismus, Leugnung der KZ's („Auschwitzlüge“), Billigung von und Aufruf zu rassistischer Gewalt unter Einsatz der ZERBERUS-Software führen zum Erlöschen der Lizenz.“ Wird unsere Software zu einem der oben genannten Zwecke verwendet, wird eine Vertragsstrafe von 50000 DM fällig.“

Der (aus Platzgründen leicht gekürzte) Beitrag beruht auf einem Manuskript zu einer Radiosendung am 4. 12. 93 in der Jazzwelle Plus und wurde mit freundlicher Genehmigung der Autorin aus dem CL-Netz entnommen.



Unsere Mailbox verbindet Sie mit der Welt:

LINK-M
Linksystsem München

(089) 168 96 80

Kontakttelefon (voice):
Claus Herwig (089) 13 41 52
Hotline montags 19-21 Uhr

sagedienst, der den Rechtsextremen Tätern sagt, was und wo wie läuft.

Wenn man gehört hat, was die braunen Truppen alles mithilfe der neuen Medien so treiben, stellt sich die Frage: Was tun?

Staats- und Verfassungsschützer reagieren, wie nicht anders zu erwarten, mit der Forderung nach schärfster Gesetzen: Das Bundesministerium prüft nach den Worten seines Parlamentarischen Staatssekretärs Lintner (CSU), wie die zunehmende Nutzung von modernen Kommunikationstechniken durch Rechtsextreme eingedämmt werden kann. Um eine Vernetzung rechtsextremer Organisationen zu verhindern, werde über ein Verbot der „höheren Ebenen der Kommunikationstechnik“ nachgedacht. Dies sei angesichts der Verfassungslage allerdings schwierig.

Für demokratisch aufgeweckte Computerspezialisten wie dem „Forum InformatikerInnen für den Frieden (FIFF)“ schließen solche Forderungen übers Ziel hinaus: „Mord, Totschlag und Volksverhetzung sind strafbar. Die Polizei darf bei diesen Delikten Telefone überwachen. Strafbar sind nicht nur solch schwere Delikte, sondern auch wesentlich „leichtere“ wie etwa das Verwenden von Symbolen nationalsozialistischer Organisationen (86 StGB).“ Das FIFF kommt zu dem Urteil: „Das rechtliche Instrumentarium ist durchaus ausreichend zur Verfolgung rechtsextremistischer Straftaten. Die scheinbare Hilflosigkeit der Strafversager liegt also nicht an fehlenden Gesetzen, sondern eher an ihrer Nichtanwen-

nung.“ Glaubt das BMI ernsthaft, rechtsextreme Gesinnung allein durch die Ausrottung des ausgemachten informationstechnologischen Sumpfes zum Schweigen zu bringen? Wie kommt das BMI darauf, politischem Extremismus und Gewalt durch Überwachung und Verbote informationstechnischer Mittel zu begegnen? Rechtsextreme nutzen

